

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Bestellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückmeldung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Die Vis major der Handgranaten.

Die Kreise, die vorläufig die Untersuchung des gräßlichen Unglücks in der Prager Tischlergasse pflegen, haben bereits ein Wort gefunden, mit dem man über die ersten peinlichen Tage hinwegkommen wird: die einzige Ursache der Explosion kann nur eine Vis major, eine höhere Macht, eine nicht unserem Willen unterworfenene Kraft sein. Es liegt in dieser Ausrede so wenig Trost und so wenig Sicherheit für die Zukunft, wie etwa in dem fromm-christlichen „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen“, aber war dies die Ausrede der von ihrem Gott im Stiche gelassenen Pfaffen und Wundertäter, so ist die Vis major, die um nichts sinn- oder vernunftvoller aller rationalistisch denkenden Pfaffen eines blamierten Systems. Hat sich die Deffentlichkeit einmal mit dem geheimnisvoll klingenden Fremdwort abgefunden und fragt sie nicht weiter nach dem Warum eines Unfalls, der schrecklich genug war, aber noch schrecklicher hätte ausfallen können, dann hat man von späteren Entdeckungen schon nicht mehr viel zu fürchten. Wozu sich den Kopf zerbrechen, wenn man eine Ausrede bei der Hand hat, die in jedem Fall gelten kann. So wiederholt sich heute das, was man ehemals österreichische Schlamperie nannte. Damals hätte es einfach geheißen: Ja, da kann man nichts machen, sind halt explodiert, die verfluchten Granaten! Heute sagt man „Vis major“ und meint dasselbe und hofft dasselbe zu erzielen, wie die altösterreichischen Hofräte und Generale in solchen Fällen. Das hat auch das „Ceske Slovo“, das einzige tschechische Blatt, das sich, frech genug, zu einer Art Verteidigung der Militärverwaltung aufschwingt, gleich erfaßt. Das Revolverblatt des Dr. Kahanek, das nicht die Interessen der Bevölkerung, sondern die des Ministers Ekfibrny und seiner Generale schützen muß, mahnt zur Ruhe und zur Ueberlegung. An derselben Stelle, wo sonst die gewissenloseste Hebe betrieben wird, sucht man plötzlich zu kolimieren und warnt vor frühzeitiger Kritik. Nicht zu dieser sei Grund und Anlaß, das Mitleid müsse in Aktion treten, die Opfer sollen gepflegt und behütet werden, zur Kritik sei Zeit, bis man die Schuldigen entdeckt habe. Das Mitleid und den Humanismus der tschechischen Nationalsozialisten in Ehren, aber uns scheint das Unglück vor allem Anlaß, die Schuldigen auszuforschen, für die Zukunft Ähnliches zu verhindern und damit diejenigen vor Schaden zu bewahren, die diesmal davongekommen sind, aber morgen die Opfer neuer Granaten werden können. Denn wenn wir uns mit der Vis major abfinden, dann müssen wir darauf gefaßt sein, daß morgen Fliegerbomben auf Handwägelchen durch die Straßen gefahren werden und durch eine Vis major explodieren. Das „Ceske Slovo“ und die „Morodni Listy“ (die zwar nicht die Schlamperie verteidigen, aber die Grenze gegen die „staatsfeindliche Kritik“ scharf ziehen!) wissen sehr gut, daß man den Hauptschuldigen schon gefunden hat, und daß es gilt, ihn zu schützen. Es sei, meint das Blatt der Ekfibrny-Partei, das Unglück ein schlecht gewählter Anlaß, den Militarismus anzugreifen.

Da haben wir ihn, den Schuldigen, das ist die höhere Macht, auf deren Konto die Explosion der Granaten geht. Auch andere haben es scharf erkannt, und das „Pravo Lidu“ faßt es in die klare Formel: Fort mit dem Krieg! Fort mit dem Militarismus! Die tschechischen Sozialdemokraten, die in der letzten Zeit einen entsetzlichen Kampf gegen die Verlängerung der Dienstzeit führen und dem nicht zuletzt die kleineren Erfolge zu danken haben, die sie allerorten erringen, haben gestern mit eigenen Augen gesehen, daß sich das militaristische System, das sie mit dem alten Österreich vernichtet glaubten, in der Republik konterviert hat und die Schrecken des Krieges, in einer Straße Prags mitten im Frieden ent-

setzt, haben in ihnen den alten, schlummernden Kampfgeist geweckt. Wenn er anhält, kann es diesem Staate und seinen Völkern nur nügen. Der Militarismus achtet Menschenleben gering. „Was sind mir zweihunderttausend Menschen“, gestand Napoleon, und seine Begner, die den Ausspruch den Lesebüchern einverleibten, dachten wie er. Das „Ceske Slovo“ weiß, daß diese Konsequenz im Wesen des Militarismus liegt und es erklärt, es liege nicht in Menschenhand, Opfer zu verhindern, sie müßten aber eingeschränkt werden. Ja, welcher General hat nicht behauptet, er schränke die Opfer auf das „Nötigste“ ein. Die Millionen Soldaten, die in diesem „Nötigsten“ inbegriffen sind, die Eltern und Kinder der Gefallenen, die werden es nie einsehen, daß es überhaupt nötig ist, blutige Opfer zu bringen. Auch die armen Eltern der beiden Soldaten die in der Tischlergasse an die Wände geschleudert wurden, werden nicht einsehen, daß gerade ihre Söhne jenes Minimum an Opfern darstellen müssen, ohne das es nicht abgeht. Sie werden, wenn die Zeitung oder das Diensttelegramm mit seinen harten Worten ihnen meldet, daß von ihren Kindern nur ein paar blutige Fleischfetzen und ein paar zerfallene Knochen übrig blieben, die man mit dem Besen von den Dächern und Simsen gefehrt hat, den Militarismus verfluchen, der das verschuldet; der Militarismus hat diese jungen Leute von ihrer friedlichen Arbeit abberufen, er hat sie in Kasernen gesperrt und unter eine drakonische Disziplin gestellt, er zwang sie, einer Befehl auszuführen, den sie vielleicht selbst als widersinnig erkannten, er zwang sie, wie er jeden andern der 150.000 Soldaten der Armee gezwungen hätte, auf einem klapprigen Wagen durch schlecht gepflasterte Straßen zu fahren im Rücken den lauernden Tod, der beim ersten Anprall eines Rades an einen der Kopfköpfe des Pflasters in Donner und Blitz seine furchtbare Allgewalt entfalten mußte. Das System ist in erster Linie schuld an dem verrückten Befehl, den ein selbstverständlich ebenfalls reichlich schuldiger Offizier gab und dank dem System geben durfte, das System ist schuld, daß man überhaupt nicht mehr nachdenkt, ob Menschenleben in Gefahr sind. Die Soldaten, die in der Slowakei dienen, erzählen, daß bei den Übungen mit Handgranaten nicht die geringste Vorsicht waltet, daß sie befehlsmäßig ihr Leben riskieren müssen, daß Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang an der Tagesordnung sind. Das System verheimlicht diese Dinge, wie es auch die zahllosen Soldatenselbstmorde verheimlicht. Was liegt an einem Menschenleben im Frieden, da man doch ohnehin an die Notwendigkeit des Krieges mit seinen Massenmorden glaubt! Man hat am helllichten Tage explosionsgefährliche Granaten durch eine belebte Straße der Hauptstadt gefahren, auf einem wahrscheinlich unzulänglichen Wagen (dessen verräterische Reste man tunkstlich schnell verschwinden ließ), man hat nicht die geringste Vorsicht walten lassen. In Oesterreich mußte vor jeder Ausübung der Offizier sich überzeugen, ob die im Vergleich zu Janeček's Granaten recht harmlose Munition „versorgt“ war. In der tschechischen Armee scheint es überhaupt keine Vorschriften über den Transport gefährlicher Munition zu geben. Das Menschenleben hat keinen Kurs auf der Börse des Militarismus wie des Kapitalismus, der General wie der Unternehmer sehen die Opfer auf das allgemeine Geschäftsrisko. Ein Mensch gilt nicht mehr als seine „Gestehungskosten“ im Betrieb ausmachen. Der Militarismus, der durch die Geschäftssteigerung im Kriegsfall an Selbstopfer gewöhnt ist muß natürlichlicherweise noch großzügiger sein, als das ausbeuterische Kapital. Für ihn existieren keine Rücksichten. Er treibt Menschen in den Tod durch seine brutalen Methoden, er vergiftet sie durch seinen Geist, er macht sie krank durch das aller Hygiene hohnsprechende Kasernierungssystem, er reißt sie auf in den täglichen Strapazen, er liefert sie zu Tausenden auf die Schlachtbank, wie sollte er sich um die Kleinigkeit eines Granatentransportes kümmern?

Schlamperie der Instanzen.

Schlamperie in der Munitionsverföhrung, Mängel der Dislokation der Kasernen, die mitten in der belebtesten Stadt liegen, der Unzuf, daß die Garnisonen Handgranaten führen müssen, grenzenloser Leichtsin und Mißachtung menschlichen Lebens, das sind die sofort augenfälligen Ursachen des gräßlichen Prager Unglücks. Sie sind nur Einzelsätze eines Systems, sie gehören alle in eine Ordnung, es gibt, wen immer man noch verantwortlich

machen und mit Recht strafen mag, nur einen wirklich Schuldigen, nur eine Macht, die zur Verantwortung zu ziehen ist: den Militarismus. Der aber ist keine Vis major, der steht nicht über Menschenmacht, der ist zu beseitigen, wenn die Menschen es wollen. Daß es Zeit ist, dem großen Würger an die Gurgel zu fahren, wurde uns blutig bewiesen. Darum gibt es nur eine Sühne, eine Lehre, eine Parole: Fort mit dem Militarismus!

Sturz der französischen Regierung.

Die Sozialisten und die Rechte kürzen Briand. — Die Regierung fällt über die Steuervorläge. — Briand geht trotzdem nach Genf

Nun ist auch Aristide Briand, der Vielgewandte, der immer wiederkehrt, wenn alle anderen Amtwörter verbraucht sind, über die Pläne seines Finanzministers gestürzt. Die französische Finanzkrise konsumiert Programme, Parteien, Politiker, Finanziers und immer neue Kabinette. Sie ist eben mit den höchsten bürgerlicher Reformen anwendbaren Mitteln schlechthin unlösbar. Frankreich ist der durch den Krieg am schwersten verschuldete Staat. Die Politik Poincarés hat den Finanzen des Landes den Todesstoß verfeßt. Statt rechtzeitig zu sparen, erhielt man ein kostspieliges Millionenheer und ließ sich die Sozialisten in Mitteleuropa etwas kosten; statt mit Deutschland einen raschen Ausgleich zu suchen und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorzugehen, verzögerte man den Aufbau der zerstörten Gebiete, brachte Deutschland wirtschaftlich und politisch auf den Hund und ließ aus Europa einen Konflikt der Weltstaaten werden. Die Regierungen des Linksblocks konnten diese Wunden nicht heilen, ohne entweder durch hohe Verbrauchssteuern die Sozialisten in die Opposition zu treiben oder durch Angriffe auf die Besitzenden ihre eigene Basis zu unterhöhlen. Briand wird noch viele Nachfolger haben und wahrscheinlich wird er selbst wieder unter ihnen sein. Die Krise wirklich lösen kann nur eine Arbeiterregierung, die keine Rücksichten gegen den Kapitalismus kennt. Ihr entgegen Frankreich nicht. Mit jeder Regierungsreise nähert es sich mehr dem entscheidenden Kampf zwischen Proletariat und Kapital. — Außenpolitisch kann Briands Rücktritt leicht neue Konflikte schaffen und die Völkerebundkrise verschärfen.

Paris, 6. Jänner. Die Kammer betrat die ganze Nacht hindurch die Finanzprojekte. Trotz der dringlichen Befürwortung durch die Regierung wurde der Artikel über die Erhöhung der Verbrauchssteuer für Alkohol und Zucker abgelehnt, so daß sich ein Defizitposten von etwa 1 Milliarde ergeben wird. Gegen 3 Uhr kommt es zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen dem Berichterstatter und der Opposition. Briand ermahnt nachdrücklich, daß die Kammer in dieser schweren Stunde Vernunft annehmen solle und stelle die Vertrauensfrage, was zur Folge hat, daß der darauf folgende Artikel, welcher die Erhöhung der Tabakpreise betrifft, angenommen wird. In den frühen Morgenstunden schreitet die Kammer zur Durchberatung des heikelsten Kapitels, nämlich der Zahlungsteuer. Der Finanzminister fordert die Kammer auf, sie möge die Maßnahmen, wie er sie zur augenblicklichen Sanierung der französischen Finanzen unbedingt brauche, billigen. Ohne diese Steuer wäre sein Verbleiben im Amte unmöglich. Die Opposition und die Sozialisten sprachen sich dagegen aus und der Kommunist Lafont beantragt die Zurückstellung des Artikels. Abg. Rabiel erklärte namens der Rechten, daß in Anbetracht der Haltung der Regierung in den letzten Tagen die Opposition dagegen stimmen werde. Kurz nach 6 Uhr erklärte Briand, daß sich die Regierung mit dem Finanzminister vollkommen solidarisch erkläre. Er stellt die Vertrauensfrage. Unter großer Erregung schreitet die Kammer zur namentlichen Abstimmung. Kurz darauf wurde in den Pandalgängen bekannt, daß die Regierung geschlagen sei. Dieses Ergebnis wird vom Präsidium bestätigt und das Resultat der Abstimmung verlesen. Die Zahlungstaxe ist mit 274 gegen 221 Stimmen verworfen. Das Kabinett ist gestürzt. Briand und die anwesenden Minister verlassen kurz vor 7 Uhr die Kammer. Briand begibt sich ins Elysee, um die Demission der Regierung zu überreichen. Er erklärte den Anwesenden, daß er nicht nach Genf gehen werde.

Paris, 6. Jänner. Die Kammer betrat die ganze Nacht hindurch die Finanzprojekte. Trotz der dringlichen Befürwortung durch die Regierung wurde der Artikel über die Erhöhung der Verbrauchssteuer für Alkohol und Zucker abgelehnt, so daß sich ein Defizitposten von etwa 1 Milliarde ergeben wird. Gegen 3 Uhr kommt es zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen dem Berichterstatter und der Opposition. Briand ermahnt nachdrücklich, daß die Kammer in dieser schweren Stunde Vernunft annehmen solle und stelle die Vertrauensfrage, was zur Folge hat, daß der darauf folgende Artikel, welcher die Erhöhung der Tabakpreise betrifft, angenommen wird. In den frühen Morgenstunden schreitet die Kammer zur Durchberatung des heikelsten Kapitels, nämlich der Zahlungsteuer. Der Finanzminister fordert die Kammer auf, sie möge die Maßnahmen, wie er sie zur augenblicklichen Sanierung der französischen Finanzen unbedingt brauche, billigen. Ohne diese Steuer wäre sein Verbleiben im Amte unmöglich. Die Opposition und die Sozialisten sprachen sich dagegen aus und der Kommunist Lafont beantragt die Zurückstellung des Artikels. Abg. Rabiel erklärte namens der Rechten, daß in Anbetracht der Haltung der Regierung in den letzten Tagen die Opposition dagegen stimmen werde. Kurz nach 6 Uhr erklärte Briand, daß sich die Regierung mit dem Finanzminister vollkommen solidarisch erkläre. Er stellt die Vertrauensfrage. Unter großer Erregung schreitet die Kammer zur namentlichen Abstimmung. Kurz darauf wurde in den Pandalgängen bekannt, daß die Regierung geschlagen sei. Dieses Ergebnis wird vom Präsidium bestätigt und das Resultat der Abstimmung verlesen. Die Zahlungstaxe ist mit 274 gegen 221 Stimmen verworfen. Das Kabinett ist gestürzt. Briand und die anwesenden Minister verlassen kurz vor 7 Uhr die Kammer. Briand begibt sich ins Elysee, um die Demission der Regierung zu überreichen. Er erklärte den Anwesenden, daß er nicht nach Genf gehen werde.

Paris, 6. März. (Havas.) Am Schluß der Sitzung des Ministerrates, während welcher Briand dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts überreichte, erklärte der zurücktretende Kabinettschef nach einer Besprechung mit den Vertretern der Alliierten, insbesondere mit Strzinski, daß er heute abends nach Genf reisen werde. Er werde sich an den Vorkonferenzen des Völkerebundes, nicht aber an den offiziellen Arbeiten beteiligen, da er überzeugt ist, nach seinem Sturze durch die Abgeordnetenliste die künftige Regierung nicht bilden zu können.

Die Frankfurter treiben Sozialistenhebe.

Budapest, 6. März. Wie die Blätter melden, hat die Polizei über 50 Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei eine große Menge sozialistischer Schriften und Broschüren beschlagnahmt wurde. Besonders kompromittierend ist ein Schriftstück, in welchem die Ziele der unabhängigen sozialistischen Partei dargelegt werden und worin es heißt, daß mit den Sowjets in Moskau das volle Einvernehmen hergestellt und gefestigt werden müsse. Im Laufe der Nacht wurde der Führer der unabhängigen sozialistischen Partei, Stephan Bagy, und ungefähr 30 seiner Anhänger in Verwahrungshaft genommen.

Nationaler Bloß von Herriot bis Poincaré?

Paris, 6. März. In der Deffentlichkeit und in den politischen Kreisen dauert die Erregung über die plötzliche Aenderung der Lage an, welche nach der außenpolitischen und finanziellen Seite hin bedeutende Folgen haben kann. Die Agence Havas gibt am Abend folgendes Bild aus den Kammerouloirs: Die Radikalen würden ein Kabinett Herriot wünschen. Weil man aber mit den Sozialisten nicht rechnen könne, wäre es notwendig, die Regierungsmehrheit zu erweitern und ein Kabinett der radikalen Kräfte zu bilden. Zahl-

Nationaler Bloß von Herriot bis Poincaré?

Paris, 6. März. In der Deffentlichkeit und in den politischen Kreisen dauert die Erregung über die plötzliche Aenderung der Lage an, welche nach der außenpolitischen und finanziellen Seite hin bedeutende Folgen haben kann. Die Agence Havas gibt am Abend folgendes Bild aus den Kammerouloirs: Die Radikalen würden ein Kabinett Herriot wünschen. Weil man aber mit den Sozialisten nicht rechnen könne, wäre es notwendig, die Regierungsmehrheit zu erweitern und ein Kabinett der radikalen Kräfte zu bilden. Zahl-

Unsere Protestkundgebungen in Nordmähren.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Nordmährens versammelte sich in den letzten Tagen in einer Reihe von Orten zu mächtigsten Kundgebungen gegen das Unrecht der Sprachverordnungen und die wirtschaftlichen und politischen reaktionären Maßnahmen der Regierung. Über diese Versammlungen meldet unsere nordmährische Parteipresse:

Mähr. Schönberg.

Die Versammlung fand am Montag, den 1. März, im Frühlingssaal statt. Abg. Gen. Dackenberg erstattete das Referat. Die Versammlung sang in den feinsten Entschluß aus, sich gegen die Gewaltmaßnahmen der Regierung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu wehren und einen ununterbrochenen Aufklärungskampf zu diesem Zwecke zu führen.

Sternberg.

Ebenfalls am Montag fand die Kundgebung in Sternberg statt, wo der große Arbeiterheimaal angefüllt war mit Arbeitern. Für den verhinderten Prager Referenten sprach Genosse Ziska ein, der ein sehr anschauliches Bild über die Folgen der Regierungsverfügungen entwarf.

Bautsch.

Am Donnerstag der vergangenen Woche fand im Arbeiterheim die Kundgebung statt, die einen Beweis für die Erbitterung erbrachte, die in der Arbeiterschaft vorhanden ist. Als Referent sprach Genosse Ziska.

Hömerstadt.

Vor überaus zahlreich erschienenen Arbeiterschaft sprach am Samstag der Abg. Gen. Dackenberg in eindringlicher Weise im Arbeiterheim. Auch in Hömerstadt hatte man in die Versammlung einen Regierungsvertreter entsendet.

Hof.

In Hof war ursprünglich geplant, eine Parteiversammlung abzuhalten, doch unsere dortigen Genossen erklärten, daß der Ernst der Stunde es erfordere, in öffentlicher Volksversammlung zu den Ereignissen Stellung zu nehmen. Und so geschah es denn, daß am Samstag auch in Hof eine Protestkundgebung veranstaltet wurde. Die Behörde hatte nicht nur einen Vertreter entsendet, sondern auch Gendarmerie in Bereitschaft gestellt, die

jedoch keine „Arbeit“ zu verrichten brauchte. Als Redner war Genosse Ziska erschienen. Die vorgelegte Resolution fand einstimmige Annahme.

Stadt Liebau.

Zeit langer Zeit hat Stadt Liebau keine so eindrucksvolle und gut besuchte Volksversammlung gesehen, wie es jene war, die am Sonntag nachmittags im Arbeiterheim stattfand. Der Redner, Abg. Gen. Dackenberg, erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall und es wurde durch die Versammlung zum Ausdruck gebracht, daß sie alle Maßnahmen unseres Abgeordnetenklubs, auch die schärfsten, mit aller Kraft unterstützen werde.

Deutsch-Liebau.

Hier fand am Samstag, den 27. Februar, eine Versammlung statt, die von mehr als 200 Personen besucht war und in der Genosse Paul aus Prag über die nationale Unterdrückung, über die Teuerung, das Steuerunrecht und die wachsende Belastung durch den Militarismus referierte. Die Ausführungen des Referenten fanden starken Beifall.

Hörn.

Auch in Hörn wurde am Sonntag eine gut besuchte Protestversammlung abgehalten, in welcher ebenfalls Abg. Gen. Dackenberg das Referat erstattete.

Heinrichsthal.

Am Sonntag nachmittags fand in der Fabrik-Restoration eine sehr gut besuchte öffentliche Protestversammlung statt. Referent war Genosse Paul, der unter lauter Zustimmung der Versammlung die reaktionären Maßnahmen der Regierung geißelte.

Hannsdorf.

Auch die Versammlung in Hannsdorf war gut besucht. Es sprach ebenfalls, von Zustimmungskundgebungen unterbrochen, Genosse Paul über die nationalen Gewaltmaßnahmen der Regierung und über die soziale und materielle Bedrückung des arbeitenden Volkes.

Die Versammlungen, die überall vom stärksten Kampfgefühl befeuert waren, haben in vielen Orten unter der Bevölkerung als erlösende Kundgebungen gewirkt, da sie zeigten, daß die Arbeiterschaft als selbstbewußteste Volksklasse ungebunden dasteht.

dienende internationale Demonstration“ gehandelt, die wahren Retter des deutschen Volkes seien doch Kallina und die anderen Großen dieser Couleur.

Natürlich, wann sind diese Deutschnationalen nicht die Retter des deutschen Volkes gewesen! Doch es muß den Herren bei dieser Gelegenheit wiederum in aller Deutlichkeit gesagt werden, daß es uns vollkommen gleichgültig ist, wie sie über uns denken, ob sie uns loben oder tadeln, daß wir mit ihnen nichts gemein haben und nicht das geringste zu tun haben wollen, und daß uns nichts ferner liegt, als mit ihnen, den Heilschreibern und nationalistischen Demagogen, vielleicht gar in einen „nationalen“ Konkurrenzkampf zu treten. Wir kämpfen diesen wie jeden Kampf für den deutschen Arbeiter und gegen die ihm angetane Gewalt, in welchem Gewande immer sie auftreten mag. Von den deutschnationalen „Selben“ aber, deren einzige Tat übrigens auch jetzt nur in der Verhöhnung unserer Aktionen besteht, trennt uns alles und jedes.

Die Prager Explosionstatastrophe.

Forderung unserer Abgeordneten nach sofortiger Einberufung des Wehrausschusses.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hat noch am Tage der Explosionstatastrophe an den Abgeordneten Franz Udrzál, als Vorsitzenden des Wehrausschusses, folgendes Schreiben gerichtet:

„Die furchtbare Explosionstatastrophe, welche am 5. März vormittags in Prag stattgefunden und auch Opfer an Menschenleben erfordert hat, macht zweifellos eine gewissenhafte und sorgfältige Untersuchung notwendig. Es ergeben sich insbesondere eine Reihe von Fragen in der Richtung, ob die Militärverwaltung voll ihre Pflicht erfüllt hat. Es ist zunächst überhaupt nicht einzusehen, zu welchem Zwecke in einer Kaserne inmitten der Stadt Prag Handgranaten lagern müssen und es ist ebensowenig ausgemacht, ob ein so gefährlicher Transport mitten durch die belebtesten Stadtteile von Prag mit der erforderlichen Vorsicht und Beobachtung auf die Sicherheit des Lebens durchgeführt worden ist. Die Militärverwaltung wird sich auch der Verpflichtung nicht entziehen können, für den durch ihre Fahrlässigkeit entstandenen ungeheuren Schaden Ersatz zu leisten. Aus allen diesen hier nur knapp angedeuteten Gründen weisen wir es für unbedingt erforderlich, daß der Wehrausschuß ungesäumt zusammentritt und den Minister für nationale Verteidigung zur Berichterstattung auffordert.“

Wir gestatten uns daher, an Sie, sehr geehrter Herr Kollege, als den Vorsitzenden des Wehrausschusses das Ersuchen zu richten, unverzüglich den Wehrausschuß zu einer Sitzung einzuberufen.

Weitere Einzelheiten.

Wie verschiedene Prager Blätter melden, gallopierten kurz nach dem Explodieren der Handgranatenladung die beiden Verbe, welche den Wagen gezogen hatten, blutüberströmt und mit aufgerissenen Wäuchern in der Richtung gegen den Petersplatz, wo sie eingefangen wurden und sofort getötet werden mußten. Der Anblick der auf so furchtbare Weise durch die Explosion von mit Menschenhänden geschaffenen Nordwerkzeugen mißhandelten Tiere soll ein entsetzlicher gemeldet sein. Die Strohpflanzen liefen mit Schreckensrufen vor den beiden daherrastenden Pferden davon.

Als Knapp vor der Mittagsstunde General Gajda in Begleitung eines Ordnonanzoffiziers auf der Unglücksstätte erschien, ereignete sich ein aufführender Zwischenfall. In dem Augenblick nämlich, als Gajda im feststehenden Schritte sein Auto verließ, stürzte aus einer Gruppe kommunistischer Volksvertreter der Abgeordnete Párus auf den General und schrie ihm, die geballten Fäuste hochhebend, zu: „To je vaše vojna.“ (So sieht Ihr Soldaten spielen aus!) General Gajda soll Leichenblau geworden sein und sich mit einem Rud umgedreht und entfernt haben. Der Ruf des Abgeordneten an den General plante sich von einem Zuschauer zum anderen fort und fand überall Zustimmung.

Daß die Explosionstatastrophe nicht nur für die sogenannten „staatsfeindlichen“ Elemente ein Anlaß dazu ist, um gegen die verantwortungslose Militärverwaltung zu protestieren, sondern daß es

auch „staatsfeindliche“ Politiker mit dem Braut zu tun bekommen, beweist der von einer Prager Blättern zitierte Ausspruch des tschechischen sozialdemokratischen Senators Koval, der Mitglied des Wehrausschusses ist. Koval erklärte als er das Bild der furchtbaren Verwüstung sah, wörtlich: „Schlamperei über Schlamperei, am helllichten Tag einen derartig gefährlichen Transport durch die Prager Straßen zu führen!“

Das tschechische Realgymnasium, das sich in der Tschernogasse befindet, erlitt bei der Explosion in seinen Grundfesten. Nur mit Mühe gelang es den Lehrern, der ausbrochenen Panik Herr zu werden und so ein großes Unglück in der Schule zu verhüten.

Blätterstimmen.

Die meisten tschechischen Blätter widmen der Katastrophe lange Betrachtungen: bemerkenswert ist es, daß sich nur ein einziges Blatt findet, das die Militärverwaltung zu verteidigen wagt. Es ist das „Ceske Slovo“, in dem der stets zum Schutze Strikbrns auftretende „-br-“ sich darüber aufhält, daß die Schuldigen der Katastrophe gesucht werden. Er glaubt, man müsse zuerst den Opfern der Katastrophe zu Hilfe kommen. Er meint ferner, eine Kritik könne erst dann einsetzen, bis die tatsächliche Schuld festgestellt wird. Minister Strikbrn habe sich am Unfallsort eingefunden und habe sofort Sachleute nach Postombi zur Untersuchung entsandt und abends an der Sitzung der Untersuchungskommission teilgenommen. Es liege nicht in menschlicher Macht, Katastrophen zu verhindern, es sei aber Pflicht, alles zu tun, damit diese auf das Mindestmaß beschränkt werden. Also will „-br-“, der sonst mit seinem Urteil schnell bei der Hand ist, diesmal recht langsam vorgehen! Da weiß man schon, wo die Schuld zu suchen sein wird.

„Rude Pravo“ rückt die Hilfsbereitschaft der militärischen Stellen dadurch ins rechte Licht, daß es mittels des Ministerium für Nationalverteidigung habe vorläufig der Polizeidirektion den königlichen Betrag von 20.000 K für die notwendigsten Ausgaben zur Verfügung gestellt. Wie gefährlich Janadel-Granaten sind, beweise die Explosion einer solchen Granate im Jahre 1919 in der Kaserne auf dem Pohořelec, wobei einige Soldaten getötet wurden. Diese Granaten explodierten häufig vor ihrem Abwurf. Im Vorjahre wurden in Wien im Prater zwei Soldaten, die einen Munitionstransport begleiteten, zerrissen. Nur dem Umfange, daß die Explosion dort in den Anlagen geschah, sei es zu danken, daß das Unglück keine größeren Dimensionen angenommen hatte. Seit dieser Zeit darf in Wien ein solcher Transport nicht mehr erfolgen. Das Blatt stellt ferner die Frage, wozu in Prag Handgranaten notwendig seien und wer sie mittags auf dem elenden Pflaster in einer der frequentestesten Straßen der Stadt transportieren ließ. Auf alle diese Fragen würden die Parteiabgeordneten vom Minister für Nationalverteidigung Antwort fordern. Der Klub der kommunistischen Abgeordneten bereite eine Interpellation vor, in der der Antrag gestellt wird, daß einem Untersuchungsausschuß die präzise Erhebung dieser Angelegenheit aufgetragen werde.

Scharfe Worte gegen den Militarismus findet das „Pravo Lidu“. Es erklärt, Prag habe während

Ein deutschnationaler Beitrag zu unserem Kampf gegen die Gewalt.

Man sage nicht, daß sich die Unfruchtbarkeit deutschnationaler Politik auch jetzt, im Tageskampf gegen die neuen Gewalttaten der tschechischen Regierung erwiesen habe! O nein, die Herren liefern schon auch ihre Beiträge zu der Kampagne, die in den sozialdemokratischen Kundgebungen ihren wirksamsten Ausdruck und in unserer Karlsbader Kundendemonstration ihren bisherigsten Höhepunkt erreicht haben. Die Herren Deutschnationalen stellen nämlich ihre Zeitungsaufsätze bei, in denen sie die deutsche Sozialdemokratie zu verhöhnern trachten. Den Vogel schießt dabei die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ ab, die im Leitartikel unsere Karlsbader Kundgebung als „sachlich und sittsam“ häßlich glossiert und der deutschen Sozialdemokratie den Vorwurf macht, daß sie „das deutsche arbeitende Volk ganz solo retten“ will. Es hätte sich dort nur um „eine leblich Beschwichtigungszwecken

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1926.

Die Goldwähler am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldjunde in Kanada und Alaska

68 von Emil Droonberg XX.

„Stop das Kanu!“

Mat und in goldener Reinheit lag der Morgen über der Landschaft.

Von dem kleinen, für das Anlegen von Booten bestimmten Landungsstege schwang sich ein Kanu, das zwei Personen trug, in den Fluß hinein. Die eine von diesen war ein älterer Mann, der im Hinterteil kniete, die andere Eileen Malony.

Auf dem Landungsstege blieben ein Mann und eine Frau zurück, die den Abfahrenden Grüße zuwinkten.

„Good by, Eileen, und auf Wiedersehen!“ rief Mrs. Williams, denn sie und ihr Mann waren die Zurückbleibenden, die ihrem Schützling bis hierher das Geleit gegeben hatten, ein letztes Mal, nachdem sie bereits am Lande einen Abschied genommen hatten, der ihnen doch beträchtlich näher gegangen war, als sie bereit waren, einzustehen.

„Good by, und nochmals Dank für alles!“ rief auch Eileen mit einer Stimme, der man es anhöre, daß sie sich durch Tränen rang. Die Leute waren doch so gut zu ihr gewesen.

Dieser Gedanke ließ sie alle Vorsicht vergessen. Sie streckte ihren Arm aus und winkte zu ihnen hinüber. Das brachte aber das Kanu so ins Schwanken, daß sie schnell mit beiden Händen seine Ränder erfassen mußte, während sich der Führer alle Mühe gab, es im Gleichgewicht zu halten. Das tat er übrigens mit einer Geschick-

lichkeit, wie man sie nur bei einem erfahrenen Woodsman findet, und die beiden alten Leute am Strande fühlten sich dadurch auch etwas zurechtgerückt über den Ausgang des Unternehmens gestimmt.

„Immer weiter glitt das Fahrzeug zwischen den treibenden Eischollen in den Fluß hinein. Es strebte in schräger Richtung nach der anderen Seite hinüber, da der Squaw River am nördlichen Ufer in den Juson einmündete.“

„Good by, Eileen, und komm wieder!“ rief nun auch der Mann ein letztes Mal mit Stentorstimme, um das dumme Gefühl, das dieser Abschied in ihm erweckt hatte und das sich doch so gar nicht für einen alten Sauerteig schiedte, vor sich selbst zu maskieren.

Der Ruf erreichte die Scheidende aber nicht mehr. Einen anderen erreichte er aber.

Unbemert von den Abschiednehmenden war ein Boot, das mit zwei Männern besetzt war und von einem Außenbordmotor getrieben wurde, den Fluß herabgekommen und der Ruf war von dem Manne im Bug gehört worden. Hastig gab er seinem Gefährten, dessen graubraune Gesichtsfarbe den Halbblutindianer erkennen ließ, eine Weisung, auf welche hin das Boot von seinem Kurse abog und dem Landungsstege zusteuerte.

„Sind Sie Mr. Williams?“ rief die Stimme des jungen Mannes im Bug schon von weitem.

Ueberrascht, sich mit seinem Namen hier angerufen zu hören, sah dieser den Mann scharf ins Auge.

„Mister Escher!“ rief er dann erstaunt. „Wie kommen Sie hierher? Ich denke, Sie sind auf dem Wege nach den Johnson-Mountains.“

Er erhielt keine Antwort auf die Frage. Aber eine Gegenfrage wurde an ihn gerichtet

und Escher brauchte diese schon gar nicht mehr zu schreien, denn von der Strömung und dem Motor zugleich getrieben, war das Boot schon beträchtlich nähergekommen.

„Ist das Miß Malony da vorn in dem Kanu?“

„Ja.“

„Wo will sie hin?“

„Nach den Johnson-Mountains zu ihrem Vater, wie Sie ihr geschrieben haben.“

Die Lippen Eschers preßten sich hart aufeinander.

„All right. Ich komme zurück. Dem Kanu dort nach, Joe!“

In einem weiten Bogen fiel der Bug des Bootes wieder vom Lande ab und richtete sich auf das Kanu, das nur noch als kleiner schwarzer Fleck vor ihnen auf dem Wasser sichtbar war.

Ein Rindentann von kräftiger Hand geführt ist ein schnelles Fahrzeug, und es dauerte daher eine geraume Zeit, ehe ihm Escher so viel Fahrt abgewonnen hatte, daß er es anrufen konnte.

„Stop das Kanu!“ schrie er mit aller Macht seiner Lungen.

Der Ruf mußte vernommen worden sein, wenigstens von Eileen, und auch die Stimme mußte ihr bekannt gelungen haben, denn Escher sah, wie sie den Kopf wandte, was aber mit Rücksicht auf ihre zusammengelauerte Stellung nicht weit genug gesehen konnte, um das ihnen folgende Motorboot, dessen Rattern weit über das Wasser klang, mit seinen Insassen zu sehen.

„Eileen!“ rief Escher noch einmal, um ihr keinen Zweifel darüber zu lassen, wer ihr folgte. Auch der Führer des Kanus mußte die Rufe gehört haben, gab aber kein Zeichen, daß er sie verstanden hatte. Es schien Escher im Gegenteil, daß er Anstrengungen machte, seine Fahrt zu beschleunigen. Das mußte freilich nutzlos bleiben, denn die Geschwindigkeit des Motorboots konnte er nicht erreichen.

„Stop das Kanu, Schurke!“ schrie Escher noch einmal.

Der Ruf, so viel näherklingend, ließ diesen das wohl auch einsehen, denn er benutzte die Paddel nur noch, um es vor dem Umkippen zu bewahren.

Nach kurzer Zeit glitt das Boot auch schon längsweits an das Kanu und zwar so dicht, daß es dieses fast streifte. Zugleich griff Eschers Hand nach dessen Rand und hielt es fest.

Der Führer schien nicht übel Lust zu haben, seine Paddel auf die Hand niederzuschmettern zu lassen; aber eine Warnung des Halbbluts ließ ihn sich eines Besseren besinnen.

„Keine Dummheiten, Partner“, sagte dieser ruhig, fast wohlmeinend, aber ein Bild in sein Gesicht und noch mehr auf den blinkenden Stahlauf eines Revolvers, den er gebrauchsfertig in der Hand hielt, verschafften seinen Worten den nötigen Nachdruck.

„Herbert!“ rief Eileen freudig überrascht. „Ich glaubte Sie auf dem Wege nach den Johnson-Mountains, wie Sie mir geschrieben hatten. Und ich bin ja auch schon auf dem Wege dahin.“

Der Mann hier hat mich mitgenommen.“

„Ich habe nichts derartiges geschrieben, aber ich vermute, daß Sie außer meinem noch einen andern Brief bekommen haben, der eine Fälschung war und Sie in eine Falle gehen ließ. Und der Kerl hier hat dabei geholfen. Steigen Sie in das Boot, Eileen.“

Er konnte ihr nicht behilflich sein, aber das war auch nicht nötig, denn das Kanu, von Eschers festem Griff gehalten, schwankte nur ein wenig, als Eileen völlig vertirrt von der Wendung, welche die Dinge genommen hatten, in das Boot stieg. Das Halbblut hatte sich nicht gerührt. Es war nicht raffam, den Mann, der seinen tödlichen Blick auf Escher gerichtet hielt, auch nur einen Moment ohne Aufsicht zu lassen.

(Fortsetzung folgt.)

des Weltkrieges solche Greuel nicht gekannt. Dort sei hierfür dem Schicksale. Aber dennoch. Gestern war es, als ob der Krieg den Prager sein grinsen-

Ebenfalls im „Pravo Lidu“ schreibt der tschechische sozialdemokratische Senator Novak, Mitglied des Wehrausschusses, daß er kein geeigneteres Wort der Verurteilung der gestrigen Katastrophe kenne als „Schlamperei“.

Während der „Venkov“ über die Tragweite der Explosion schweigt und nur den Bericht über die Ereignisse selbst bringt, nimmt das zweite tschechische Bürgerblatt, die „Narodni Listy“, gegen den Leichtsinne der Militärverwaltung Stellung und fordert rücksichtslose Untersuchung, sowie Bestrafung der Schuldigen „im Interesse des Staates“.

„Mor. D. Svob.“ erklärt, es müsse der Bürgerschaft die sichere Garantie gegeben werden, daß von der Regierung und allen Amtsfaktoren alles ge-

Die Werkstatt der Waffenschieber.

Aus den Geschäftsgeheimnissen einer Prager Firma - Die Schieber gehen im Ministerium für nationale Verteidigung ein und aus. - Das Außenministerium besorgt Kurierere für Munitionstransporte.

Wir leben angeblich im Zeitalter der Abwärtung. Die extremsten Nationalisten aller Länder versichern mit Emphase, sie seien mit Freuden bereit, an der Sicherung des Weltfriedens durch die eigene Abrüstung tätig mitzuarbeiten, wenn wieder - die anderen damit anfangen; denn sonst könnte man mit Rücksicht auf die Verteidigung der Heimatscholle, der teuer erkauften Freiheit und was da sonst noch für Präzedenzen sind, natürlich nicht abrüsten, im Gegenteil, man müsse die eigene Armee „für die Stunde der Entscheidung“ schlagkräftig erhalten etc. Und so geht der tolle Wirbel des Wettlaufens aller Länder in vielfach verstärktem Maß weiter, Milliarden und aber Milliarden des Volksgutes verschlingend. Offizielle Abrüstungskonferenzen werden mit tönenden Worten einberufen, dann aber lang- und langlos immer auf morgen verschoben und was dabei bestenfalls herauskommt, hat man auf der Washingtoner See-Abrüstungskonferenz gesehen: ein paar der ältesten und unbrauchbarsten Schiffsruinen hat man feierlich unter Taosten auf den rofigen Frieden ins Meer versenkt oder abgerüstet, um ganze Serien der modernsten Kriegsschiffe neu bauen zu können. Die Aktionäre der großen Rüstungsindustrien lachen sich ins Häuschen und opfern neue Summen für die ihnen ergebene Presse, die dafür in schwungvollen Worten von der Notwendigkeit der Verteidigung des Vaterlandes, der militärischen Erziehung der Jugend und ähnlichen patriotischen Dingen schreibt.

Zu den gefährlichsten Drahtziehern auf diesem Gebiet gehören neben den Waffenerzeugern die Händler, welche Waffen und Munition an den Mann bringen und die neuesten Erzeugnisse an Nordstaaten nicht nur den offiziellen Regierungen, sondern auch jedem Regierfürsten und jedem Komitatshauptling liefern, wenn er gut zahlt. Man erinnert sich an den großen Skandal in Frankreich, wo während der letzten Kämpfe mit den Ruffen Waffen abgenommen wurden, die ihnen ein geschäftstüchtiger Franzose kurz vorher zum Kampf gegen seine eigenen Landsleute geliefert hat. Dabei war dieser Herr feierlich der große Patriot und begeistertste Anhänger des Tigers Clemenceau.

Der Völkerbund hat schüchtern Versuche gemacht, wenigstens diesen privaten Waffenhändlern das Handwerk zu legen, und so und so viel Vertreter der diversen Regierungen zerbrechen sich in einer besonderen

Internationalen Waffenhandelskommission den Kopf, wie man diesem Uebel steuern könnte. Im selben Moment verhandeln andere Exponenten derselben Regierungen mit den privaten Waffenschiebern,

sehen werde, daß es zu einem ähnlichen Unglück nicht mehr kommt. Das Blatt erwartet, daß von allen Faktoren, die für die Sicherheit der Bevölkerung verantwortlich sind, nicht nur die allerstrengsten Erhebungen durchgeführt werden müssen, sondern daß die militärischen Faktoren mit Beschleunigung die bisher gültigen Vorschriften über den Transport von Munition und Sprengmitteln überprüfen und alles Notwendige anordnen, damit die Bevölkerung für die Zukunft gegen solche unglückliche Vorfälle gesichert werde. Es sei sicher, daß das Unglück in der Tischlergasse in den gesetzgebenden Körperschaften auf die Tagesordnung gelangen werde. Sein Umfang und die ungewöhnlich traurigen Folgen erfordern, daß die Regierung selbst Bericht über die Durchführung der Untersuchung und über die Maßnahmen erstatte.

Während der „Venkov“ über die Tragweite der Explosion schweigt und nur den Bericht über die Ereignisse selbst bringt, nimmt das zweite tschechische Bürgerblatt, die „Narodni Listy“, gegen den Leichtsinne der Militärverwaltung Stellung und fordert rücksichtslose Untersuchung, sowie Bestrafung der Schuldigen „im Interesse des Staates“.

In den „Lidove Roviny“ sagt Karl Capek u. a.: „Solange Handgranaten notwendig sind, schlafen wir mehr oder weniger auf Häusern mit Dynamit; das möge ein Memento für uns sein, mehr als alles andere die Politik des Friedens zu schätzen!“

Die Militärfeierlichkeiten zu Ehren des Geburtstages Masaryks abgesetzt.

Prag, 6. März. Der Minister für nationale Verteidigung hat im Eintrage mit der Manlei des Präsidenten der Republik im Hinblick auf die gestrige Explosionskatastrophe angeordnet, daß alle zu Ehren des 76. Geburtstages des Präsidenten der Republik zu veranstaltenden Militärfeierlichkeiten abgesetzt werden. So ordnete der Minister für nationale Verteidigung insbesondere an, daß die Produktionen der Militärkapellen in den Prager Straßen und die sonntägige Militärakademie in der Lucerna zu entfallen haben. Ferner wurden die Militärkassette eingestrichelt. Die Feier des Geburtstages des Präsidenten der Republik wird sich auf Ansprachen in den Kasernen beschränken.

um das neueste Modell dieser oder jener Waffenschieber gehen im Ministerium für nationale Verteidigung ein und aus. - Das Außenministerium besorgt Kurierere für Munitionstransporte.

Der Zufall hat uns Beweise dafür in die Hand gespielt, daß auch hier in Prag eine große Firma sich mit Waffenschiebern befaßt, deren Verbindungen sich über ganz Europa erstrecken. Die Firmen Benny Spiro, Hamburg, Adolphsbrücke 9-11, Stefan u. Schwann, Berlin W 50, Danst Rehriffel Syndikat, Kopenhagen, Krefeld, Krefeld und andere stehen mit dieser Firma in enger Geschäftsverbindung. Von dieser ehrenwerten Gesellschaft kann man sofort greifbar haben, was nur das Herz begehrt. In erster Linie sind es Angriffswaffen neuester Art, die da geschoben werden:

- Schützengrabensmörser, Bombenwerfer, Mörsergranaten, Flammenwerfer, Maschinengewehre, Mörsergewehre mit der nötigen Munition

sind gegen gute Dollars lieferbar, wie der nachfolgende Brief zeigt:

Herrn Benny Spiro, Hamburg, Adolphsbrücke 9-11.

Zufolge Ihrer werten Zuschrift vom 3. crt. offerieren wir Ihnen leichte Schützengrabensmörser Nr. 82 lt. der Ihnen zugegangenen Beschreibung komplett mit Dollars 178.- sob nordischer Hafen einschließlich Verpackung, Lieferant rasch, jedoch abhängig von der Größe des Auftrages

Die geheißerne Mörsergranate offerieren wir Ihnen zum Preise von Dollars 5.- pro Stück, einschließlich Verpackung, sob nordischer Hafen, Lieferant rasch, jedoch abhängig von der Größe des Auftrages

Bezugs der Mörsergranate haben wir mit dem Ministerium*) verhandelt. Leider ist aber der Referent seit einigen Tagen krank und wie wir uns erkundigen, dürfte er bereits Montag wieder im Amt sein, wir werden Ihnen dann sofort berichten, das gleiche gilt für Flammenwerfer.

Bezugs der Ihnen am 26. pag. angebotenen Maschinengewehre gelten als Richtpreise die Preise vom 31. Aug., nachdem aber einzelne Teile fehlen, dürfte sich der Preis selbstverständlich reduzieren. Wenn Sie für die Ihnen am 26. Aug. angebotene Post Interesse haben, wollen Sie uns

*) Das Nationalverteidigungsministerium natürlich, wie übrigens auch aus anderen uns zur Verfügung stehenden Briefen hervorgeht. D. Red.

Der Segen der europäischen Zivilisation. Kinderarbeit in Japan.



Mit dem Kapitalismus ist auch die Kinderarbeit in Fabriken nach Ostasien gekommen. Unser Bild zeigt japanische Mädchen, die Hanf zu Stricken zusammendrehen.

unter allen Umständen ein diskutables Limit machen und wir werden trachten, Ihnen nach Zuneigung entgegenzukommen.

Hochachtungsvoll

Unglaublich ist es, daß diese Waffenschieber demnach im hiesigen Ministerium für Nationalverteidigung ein und ausgehen

und mit ihnen wegen Minenwerfern und Flammenwerfern verhandeln, die an eine private Firma weiter verschafft werden sollen. Daß hier von keinem legalen Waffenhandel die Rede sein kann, sondern von dunklen Schiebergeschäften, und daß die Waffen unter einer falschen Deklaration verschoben werden, geht mit Sicherheit aus einem zweiten Brief an dieselbe Firma hervor:

31. Aug. 1925. Herrn Benny Spiro, Hamburg.

Unter Bezugnahme auf Ihre wertere Zuschrift vom 22 crt. betreffs Maschinengewehre Schwarzlose und Infanteriegewehre Mannlicher teilen wir Ihnen folgendes mit.

Von den Maschinengewehren Schwarzlose Kaliber 8 mm sind 100 Stück ganz neu und 100 zwar gebraucht, jedoch in einem tadellofen, fast neuen Zustande. Alle sind mit kompletten Reserveteilen, Schutzschildern etc. etc. Der Preis stellt sich für erstere auf Ks 18.000.- pro Stück, für letztere auf Ks 15.000.-, so wie wir Ihnen geschrieben haben.

Die Infanteriegewehre Mannlicher M 95 Kaliber 8 mm sind in sehr gutem Zustande, wie wir Ihnen mit unserem Ergebenen vom 26 crt. mitgeteilt haben. Die Ausfuhr dieser Ware ist gestattet durch einen Expediten, der in dieser Richtung schon viel durchgeführt hat. Wir erlauben uns zu bemerken, daß bezgl. dieser MG Verhandlungen auf 2 Seiten gepflogen werden und es in Ihrem Interesse liegt, wenn Sie Ihren Interessenten zu eine mündlichen Abschluß bewegen könnten, damit die Verhandlungen auf der andern Seite abgebrochen werden können. Die MG und die Gewehre könnten sofort nach Abschluß übernommen, verpackt und abgeliefert werden. Wir erbitten von Ihnen eine baldige Rückäußerung und auch Antwort auf unsere Zuschrift vom 26. crt.

Hochachtungsvoll

Man erwäge: Die Referenten des Ministeriums verhandeln wegen Minen- und Flammenwerfern mit Leuten, die Infanteriegewehre und Maschinengewehre durch einen Expediten verschicken, „der in dieser Richtung schon viel durchgeführt hat.“ Geradezu zynisch wird da von diesem Herrn anerkannt hervorgehoben, daß er das Schmuggeln über die Grenzen aus demselben besteht und also die Ausfuhr von Maschinengewehren und Mannlichergewehren auf keine Schwierigkeiten stoßen wird. Wissen es die Herren Referenten im Ministerium für Nationalverteidigung, mit was für dunklen Elementen sie da in engste Berührung kommen? Weiß es der Herr Minister Spiro, daß Waffenschmuggler und ihre Geschäftsfreunde in seinem Ministerium ein- und ausgehen?

Aber auch das Außenministerium läßt sich herbei, dieser Schiebergesellschaft Vorstoß zu leisten. Da braucht Herr Stephan Sandner, Athen 72, Odo Solond, zur Durchführung neuer Maschinengewehre der Marke „Madsen“ scharfe Munition. Seine Abnehmer wollen erst die furchtbare Wirkung dieser Waffe gründlich ausprobieren, bevor sie ein Geschäft machen; die Kasse im Saal laufen sie so leicht nicht. Nun ist es aber nicht so einfach, 10.000 Schuß Munition nach Athen zu bringen. Was tut man also? Man appelliert, wie der nachfolgende Brief zeigt, einfach

„an das besondere Entgegenkommen des Ministerium des Äußern“,

das die Entsendung eines eigenen Kuriers, des Herrn Pollak, bereitwillig ermöglicht. Die Munition wird in sieben Körben gut verpackt und als Kuriergepäck von Herrn Pollak mühelos und ohne Belästigung durch die neugierigen Zollbehörden der durchfahrenen Staaten nach Athen geschafft.

Daß Geld hierbei keine Rolle spielt, zeigt die mehr als 9 salzene Spesenrechnung, welche die ohnedies schon teure Munition gleich auf das Doppelte verteuert. Man kann sich demnach leihhaft vorstellen, mit welchen horrenden Gewinnen diese Schieber zu arbeiten gewohnt sind! Nachfolgend der an die Fabrikanten des „Madsen“-Gewehres gerichtete Brief, der auf die Tätigkeit unseres Außenministeriums ein mehr als merkwürdiges Licht wirft:

1. September 1925. Danst Rehriffel Syndikat, Kopenhagen, Krefeld, Krefeld.

Am 11. August telegraphierte uns Herr Sandner und am selben Tage bestätigte dieses Telegramm die Mediterraean, wir sollen zur Vorführung der Maschinengewehre „Madsen“ weitere 10.000 Schuß scharfe Munition Munier 7,92 Provenienz Roth mittels Kurier nach Athen senden.

Nach ziemlich schwierigen Verhandlungen wurde es uns durch ein besonderes Entgegenkommen des Ministeriums des Äußern ermöglicht, Herr Pollak als Kurier mit oberwähnten 10.000 Stück Patronen abzufertigen. Wir senden Ihnen nachstehend die Abrechnung über diese Patronen und die damit aufgelaufenen Spesen und bitten Sie uns für diesen Betrag zu erkennen.

- 10.000 Patronen Ks 12.240.-
- Fracht Bratislava-Prag Ks 480.-
- Verpackung 7 Körbe und 7 Schließer Ks 700.-
- Fracht Prag-Athen Ks 2.670.-
- Fahrtkarte für den Kurier Prag-Athen und zurück Ks 3.348.-
- Reisepfennig Ks 700.-
- Aufenthaltskosten in Athen Ks 600.-
- Entlohnung für den Kurier Ks 500.-
- Bahnauslagen und Visagebühren Ks 237.-
- zu unseren Gunsten Summo Ks 21.485.-

Hochachtungsvoll

Die Durchschläge aller dieser Briefe sind in unserem Besitz und wenn die beteiligten Ministerien nicht von selbst herauskommen sollten, welche Prager Firma eine solche kompromittierende Geschäftskorrespondenz führt, so stehen wir mit näheren Angaben gern zu Diensten. Die anrühige Verbindung der beiden Ministerien mit ganz gewöhnlichen Waffenschiebern geht aus den veröffentlichten Briefen ohne Zweifel hervor und ist nicht wegzuleugnen. Werden Sie eine strenge Untersuchung einleiten?

Gerade das freilichige Explosionsunglück hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in ungewöhnlichem Maße auf die erlauteten und unerlaubten Manipulationen mit Waffen und Sprengstoffen gelenkt. Was sich Freitag in der Prager Tischlergasse ereignet hat, kann jeden Moment auf einem Bahnhof passieren, wo verbotene Waffentransporte wie die hier geschilderten, unter falscher Deklaration vor sich gehen. Darum auferäumt mit diesem Waffenschmugglern geldgieriger Schieber, aufgeräumt auch mit allen jenen amtlichen Faktoren, die mit ihnen in Verbindung stehen!

In jede Arbeiter- und Gemeindebücherei

gehört das Buch von Dr. Emil Strauß: „Die Entstehung der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung.“ Erhältlich in allen Volksbuchhandlungen.

Das Nachspiel der deutschen Revolution.

Das Volksbegehren im Reich.

Seit vorgestern liegen im Deutschen Reich die Listen zum Volksbegehren auf. Die große Auseinandersetzung eines Volkes mit seinen Fürsten hat begonnen. In der Presse wird beständig als seit Jahren das angebliche Recht der Fürsten auf die Riefenbesitzer, die sie im Laufe der Jahrhunderte ausgehütet und zusammengekratzt haben, diskutiert. Politiker, Juristen, Rechtslehrer beschäftigen sich mit der Frage. Die Unversämtheit der Fürsten hat breite Massen auf den Plan gerufen. Was keine politische Aufklärung vermochte, das hat die Dabucht der Fürsten vermocht, die kleinbürgerlichen Schichten des deutschen Volkes von der Notwendigkeit einer republikanischen Politik zu überzeugen. In den der Schwerindustrie gebührenden „Leipziger Neuesten Nachrichten“ besprach dieser Tage ein hoher Richter das Problem und gab selbst zu, daß er unzählige Briefe von Kleinrentnern bekomme, die ihn fragen, warum die Fürsten so ungeheure Vermögen behalten sollten, während man die kleinen Sparer mit einer 15prozentigen Aufwertung abfertigte. Der Herr Gerichtsrat bemüht sich nun, den Leuten klarzumachen, daß das doch zwei ganz verschiedene Dinge sind, daß die Aufwertung mit den Fürstenvermögen nichts zu tun habe und daß man sich nicht an dem „Eigentum“ der hochgeborenen Landesväter vergreifen dürfe. Es sieht aber ganz so aus, als ob die Leute die Beweisführung der Sozialdemokratie weit besser verstünden, die nicht der Meinung ist, daß man nach dem toten Buchstaben, sondern nach dem Lebendigen Recht urteilen müsse und daß die Aufwertung mit dem Fürstenvermögen sehr viel zu tun habe. Das deutsche Volk hat während des Krieges Milliarden und aber Milliarden für das „Vaterland“ geopfert, hat nicht nur Geld und Blut, sondern alles, was sich an wertvollen und brauchbaren Metallen noch fand, Ringe und Schmuck, Wärfel und Denturen zusammengetragen, um den von den Fürsten herausbeschworenen und leichtsinnig geführten Krieg gewinnen zu helfen. Die Landesherren haben keine Opfer gebracht. Wilhelm, der Erzherzog selbst, hat an zwei Milliarden Goldmark in ausländischen Unternehmen stecken gehabt. Darunter waren für eine Milliarde Aktien russischer Bahnen, die zum Teil mit französischem Geld gebaut worden waren, um als Aufmarschlinien gegen Deutschland und Oesterreich zu dienen! So hat der oberste Kriegsherr des deutschen Volkes aus den Bahnen der Entente, solange es ging, fette Dividenden gezogen und noch im Kriege hoffte er, dieses Vermögen retten zu können. Er verkaufte die Aktien nicht, sondern wartete, bis sie ihm beschlagnahmt wurden. Ungeheure Opfer an Gut und Blut hat das deutsche Volk gebracht, die deutschen Fürsten haben nichts geopfert. Die Folgen des Krieges haben das deutsche Volksvermögen vollständig zerstört. Die Inflation hat Millionen ihren Lebensunterhalt und die erarbeiteten Pienneige geraubt. Alte und kranke Menschen, kleine Sparer und bescheidene Leute wurden dem nackten Elend preisgegeben, während die deutschen Fürsten weiter reiche Leute blieben und mit dem Gelde ihre ehemaligen Untertanen auswuchern konnten.

Die Länder boten den Fürsten Ausgleich an, die den Landesvätern immer noch Riefenvermögen beliehen. Aber diese waren unverschämte genug, den Prosehweg zu beschreiten und vor den Gerichten ihre Millionenforderungen einzulagern. Sie verlangten nicht nur Schlösser und Wälder, Parks und Großgrundbesitze, Aktien und Renten, sie wollten auch Museen und Theater, Kunstschätze und wissenschaftliche Institute zu ihrem Privatbesitz machen. Sie hatten dem Staat als einziges Erbe Mätressen hinterlassen, die nun ihre Ansprüche meldeten. Montenegroische und englische Prinzen sollten vom deutschen Volke Millionen geschenkt erhalten. Die Sozialdemokratie will, daß diese ungeheuren Werte — wanzig Milliarden Tschechoslowaken beträgt die Gesamtforderung der Despoten — für die Opfer des Krieges und der Nachkriegszeit verwendet werden, daß Invaliden, Kriegswitwen und Kleinrentner aus dem Vermögen derer, die an ihrem Elend die Hauptschuld tragen, eine kleine Entschädigung für die großen geleisteten Opfer erhalten. Den arbeitenden Menschen leuchtet es ein, daß diese Forderung billig und gerecht ist, wenn auch die Aufstaben des Gesetzes keine Handhabe für diese Entschädigung bieten. Die bürgerlichen Parteien empfinden allerdings ebenfalls sehr gut, daß es hier um die Heiligkeit des Privateigentums geht, daß sie in dem Fürstenvermögen ihr eigenes verteidigen. Es gehört zu dem Wesen der bürgerlichen Weltanschauung, daß jedes Privateigentum und wenn es zehnmal aus Wucher und Ausbeutung entstanden ist, wenn an ihm Schweiß und Blut der Armen kleben, heilig und unantastbar ist. Daher schüben sie um den Preis ihrer Popularität die Fürstenvermögen. Sie wissen, daß einmal die Stunde schlagen wird, in der das Volk auch über die Vermögen der Mannesmann und Krupp, der Alsdörner, Stinnes und Bleichröder, der Rothschild, Söbist und Wolff sein Urteil sprechen wird, daß sein Recht aus dem natürlichen Denken der Menschen schöpft, das geschriebene Abkommen zerreiht und neues Recht schafft, weil das alte nicht mehr brauchbar ist. Daher hat auch das Zentrum, das in rein verfassungsmäßlichen Formen eine verlässliche republikanische Partei ist — im Gegensatz zu den Kerikalen Parteien au-

derer Länder — sich diesmal wie in allen Fragen des Besitzinteresses schroff auf die Seite der Reaktion gestellt. Es fordert seine Anhänger auf, sich in die Listen nicht einzutragen und sich an dem Raub des Fürstenvermögens zu beteiligen. Obwohl das Volksbegehren gar nicht über die Entschädigung entscheidet, sondern lediglich die Art der Entscheidung bestimmt. Das Volksbegehren soll den Wunsch der Bevölkerung kundgeben, daß nicht der Reichstag, sondern das deutsche Volk selbst über die Fürstenvermögen verfüge. Vier Millionen Unterschriften sind nötig, um durch das Volksbegehren den Volksentscheid herbeizuführen. Es ist aber ganz klar, daß ein großer Erfolg, eine Ueberzeichnung des Volksbegehrens die Verhandlungen im Reichstag beeinflussen und durch den moralischen Druck die bürgerlichen Parteien zu großen parlamentarischen Zugeständnissen bewegen können. Der Kampf, der mit dem Volksbegehren einsetzt, ist erst in seinem Anfangsstadium. Die Sozialdemokratie wird alle Kraft sammeln müssen, um ihn zu einem günstigen Ende zu führen. Es gilt eine grundsätzliche Abrechnung und eine wichtige Entscheidung über das deutsche Volksvermögen. Das größte Verhängnis der Revolution soll in zwölfter Stunde nachgeholt werden. Die Sympathien aller ehrlichen Menschen stehen bei dem deutschen Volk.

Volksbegehren und bürgerliche Quertreibereien.

Berlin, 6. März. (Eigenbericht.) Trotz wiederholter Anweisung der Reichsregierung steht eine große Reihe von Gemeinde- und Ortsvorsteher ihre Versuche fort, die Durchführung des Volksbegehrens zu vereiteln. Die sozialdemokratische Presse muß täglich eine Menge derartiger Fälle zur Kenntnis der Leserschaft bringen. Die Internationalen verbreiten außerdem noch die größten Schwindelnachrichten über die Ziele des Volksbegehrens. So wird von ihnen in einzelnen Gemeinden vor den Toren Berlins behauptet, daß der Volksentscheid die Rentner, die Kirche, die Gewerkschaften, die Konsumvereine usw. ihres Vermögens berauben wolle. In Berlin würden die Frauen in Abwesenheit ihrer Männer zur Unterschrift gezwungen. Wenn schon in der Nähe Berlins solche Manöver durchgeführt werden, kann man sich vorstellen, wie schlimm es im ganzen Reich zugehen muß. — Diese Vorgänge bildeten den Gegenstand einer Verhandlung im Reichstag. Der Reichsinnenminister sagte nochmals zu, daß sämtliche Maßnahmen zur Durchführung des Volksentscheids getroffen würden. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde dann noch ausdrücklich beschlossen, daß diesen Maßnahmen der größte Nachdruck verliehen werden soll.

Daß das Volksbegehren starken Widerhall in der ganzen Bevölkerung gefunden hat, geht aus der Tatsache hervor, daß in Berlin am ersten Tage 36.000, am zweiten Tage 50.000 Personen sich in die Listen eingetragen haben. Auch aus dem Reich werden steigende Rissen gemeldet. Für den morgigen Tag dürfte es vermutlich zu Massenstürmen auf die Listen-eintragungen kommen.

Die bürgerlichen Parteien beugen vor.

Berlin, 6. März. (Eigenbericht.) Ueber das gestern abend durch Vermittlung des Reichslanzlers zustandgekommene Kompromiß über die Fürstenabfindung zwischen den Regierungsparteien wird nun ergänzend mitgeteilt, daß das geplante Sondergericht neun Mitglieder haben soll, Vorsitzender soll der Reichsgerichtspräsident Dr. Simon werden. Das ehemalige Fürstenvermögen soll in drei Teile geteilt werden. Zum ersten Male gehören diejenigen Vermögensmassen, die auf Grund früherer Souveränitätsrechte von den Fürsten erworben worden sind; diese gehören von vornherein dem Staat. In die zweite Kategorie fallen die Vermögensobjekte, die auf Grund eines unantastbaren Privatbesitzes den Fürsten zugehören; hier kann der Staat zur Enteignung schreiten, wenn allgemeinere Gesichtspunkte es erforderlich erscheinen lassen. Der dritte Teil betrifft zweifelshafte Fälle. Dahin gehören Vermögensobjekte, die der öffentlichen Benützung freigegeben worden sind; sie sollen dem Staat zufallen. Es soll ein Fonds gegründet werden, aus welchem den ehemaligen Fürsten eine Rente zugestanden werden soll, die allerdings wegfällt, wenn sie zu monarchistischen Zwecken verwendet wird.

Alle Auseinandersetzungen, auch die bereits erledigten, kommen vor das Sondergericht mit Ausnahme derjenigen, für die das betreffende Land keine Neuregelung wünscht.

Für das Zustandekommen des Kompromisses ist die Zweidrittelmehrheit des Reichstages notwendig, da der Gesetzentwurf eine Verfassungsänderung darstellt. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich erst nächste Woche über ihre Stellung zum Kompromiß entscheiden. Unabhängig von dieser Entscheidung geht allerdings der Volksentscheid vor sich.

Tages-Neuigkeiten.

Waffen! Waffen!

Man sollte meinen, daß die stammten Opfer des Totentanzes der europäischen Menschheit, des verflochtenen Weltkrieges, als furchtbare Gespenster hinter den Wanderselberrn der einzelnen, aus „Verteidigungsmaßnahmen“ bis an die Bahne bewaffneten Staaten einherzögen; man sollte glauben, daß die Kriegskrüppel (in unserem Staate ist jeder zehnte Mensch ein Kriegskrüppel) als niederschmetternde Ankläger gegen jeden Versuch von Militarismus aufstächen; man sollte denken, daß der Ruf sämtlicher sozialistischer Arbeiter aller Nationen: „Nie wieder Krieg!“ der Menschheit, die diesen Krieg überstanden hat, als furchtbare Mahnung in die Herzen gedrungen ist, alles zu tun, um jede Möglichkeit eines neuen Krieges zu verhindern. Und dennoch ist es nicht so.

Es nützen alle Manifeste, Kongresse, Broschüren, Plakate, Flugblätter, Reden, was nützt alles rufen: „Die Waffen nieder!“, wenn die internationale Rüstungsindustrie ihre Nordwerkzeuge ruhig weiter produzieren darf, wenn die Privatspekulation, Munitionsschieber und Kriegsmaterialschacherer immer neue Mittel und Wege finden, um den Völkermord durch Waffenlieferungen zu unterstützen, und daraus ihren blutigen Profit einheimen! So lange die Erzeugung von Waffen und Munition nicht durch eine internationale Kontrolle in allen Staaten (nicht bloß in den besiegten) eingeschränkt ist, so lange der Handel mit Heeresausrüstungsgegenständen in den Händen gewissenloser, mit allen Sollen gerebener Privatbändler und Schieber liegt, so lange bleibt jeder Ruf gegen den Krieg: „Die Waffen nieder!“ nur eine tönende Phrasen. Die Erzeugung von Waffen und Munition ist bei uns und in den meisten Staaten in Händen des Privatkapitals, die Rüstungsindustrie arbeitet mit glatten Wessenschiebern Hand in Hand. Waffen und Munition sind bei uns ständig Artikel des Ausfuhrhandels, und so wird unter der Aufsicht unserer Behörden mit Ausfuhrbewilligungen in „neutrale“ Länder der Völkermord weiter unterstützt.

Die Kriegsmaterialschieber unseres Staates laufen im In- und Auslande Waffen und Munition, um sie einem andern Schieber im neutralen Auslande (und oft sogar in das selbe Land, in dem sie den Einkauf machten!) weiter zuverkaufen. Tschechoslowakische privatkapitalistische Munitionsfabriken fabrizieren eifrig und fröhlich zehn Jahre nach dem großen Völkermord ganz neue, nach dem Kriege erfundene Typen von Handgranaten, welche, wie wir einer Ausbreitung der „Janedel“-Granaten, die Freilieg ihre furchtbare Wirkung demonstrieren, wörtlich entnehmen:

„... noch auf 50 bis 80 Schritte eine bedeutende Durchschlagskraft besitzen und auch noch im Umkreis von 100 Metern ernste Verwundungen verursachen.“

Das neutrale, aberstete Dänemark überschwennt mit seiner privatkapitalistischen Waffenindustrie durch die internationalen Wessenschieber alle Länder der Welt mit seinem neuen Maschinengewehr Modell 1923 (!) „Madsen“ mit 600 Schuß (!) pro Kurve, alle österreichische Maschinengewehre wandern aus Oesterreich und der Tschechoslowakei mit Ausfuhrbewilligung in „neutrales“ Ausland oder zu einem deutschen Wessenschieber in einem Nordseehafen, um von hier ihren Weg nach Afrika anzutreten. Und so wird es wiederum wundern, daß es möglich wird, daß solche „wandernde Waffen“, die beispielsweise in der Tschechoslowakei, Frankreichs allie, produziert wurden, im Wege des Kettenhandels über Deutschland oder ein neutrales Land in die Hände Abd-El-Krimis gelangen, so versorgt also die Tschechoslowakei, Frankreichs allie, die Feinde ihres Verbündeten mit Kriegsmaterial!

Interessant ist es, daß das Reklame-Material für die einzelnen Kriegsmaterialien, wie Handgranaten, Bomben, Flammen-, Minenwerfer, Bismarckverbesserungen, pyrotechnische Fliegerbomben mit Seidenschirmen (Erfindungen, die meist nach dem Kriege gemacht wurden), von einer einzigen privatkapitalistischen Fabrik unseres Staates bedeutend reichhaltiger kostspieliger und besser abgefaßt (in allen Welt-sprachen) ist, als alle Plakate, Broschüren, Flugblätter und sonstiges Propagandamaterial („Nie wieder Krieg!“, „Ruft den Kindern keine Soldatenpielzeugen!“ usw. usw.), das in unserem Staate von pazifistischen Gesellschaften und Parteileistungen seit Kriegsausbruch publiziert wurde! Welch ein trauriges Bild für den Friedenswillen dieses Staates! Die Friedenspropaganda, die trotz des Weltkrieges von der „Differenz“ der „Massen-Mensch“ gelähmt wird, steht in keinem Verhältnis zu der Reklame, die eine einzige Waffenfabrik für ihre Handgranaten ausbietet! Und wieviel Waffenfabriken gibt es in Europa! Das Tragikomische ist dabei, daß unsere Konsulate im Auslande bereitwillig alle Anfragen und Aktionen der Rüstungsindustrie und Wessenschieber, die wegen eines Exportes unternommen werden, unterstützen, sofort beantworten, während die pazifistischen Publikationen liegen bleiben, kaum gelesen werden oder wahrscheinlich in den Papierkorb wandern. Solange Waffen von krupellosen Händlern mit (und ohne) Ausfuhrbewilligung der Behörden gekauft, verkauft und kriegsführenden Völkern zugeführt werden können, so lange sind alle Rufe „Nie wieder Krieg!“ vergebens. Der erste Weg, den die Abrüstung einschlagen muß, ist der Entzug des Handels von Kriegsaus-rüstungsgegenständen aus den Händen des Privatkapitals, der internationalen Wessenschieber und Munitionsschacherer der einzelnen Länder, und die Kontrolle der gesamten

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, den 8. d. M.

Braun, 16.30: Konzert; 19: Deutsche Sendung, Oberregisseur Liebl: Theaterregie; 20.02: Konzert. — Brunn, 19.20: Konzert; 20.10: „Le Bonheur“. — London, 21: Opernabend. — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin, 20.30: Kommerzmusik. — Leipzig, 21: Militärkonzert. — Breslau, 20.20: Vortragabend. — München, 19.30: Symphoniekonzert. — Frankfurt, 19.30: Montagskonzert. — Wien, 20.15: Christian Sinding-Abend. — Zürich, 20.15: Symphoniekonzert.

Rüstungsindustrie (Waffen und Munition) durch einen „internationalen Kriegsmaterialproduktionskontrollausschuß“. Der Forderung „Die Waffen nieder!“ kann erst nach der Beantwortung der Frage, in wessen Händen sich diese Waffen befinden, entsprochen werden. Dann erst ist der Zeitpunkt gekommen, um in den internationalen Ruf: „Nie wieder Krieg!“ einzustimmen.

Riks Kalleby. Kaum ein Jahr, nachdem die schwedische Partei ihren Führer Branting zu Grabe getragen hatte, traf sie ein neuer schwerer Schlag: dem besten der alten Generation folgte der beste der jungen, Riks Kalleby, im Alter von nur 34 Jahren. Schon mit 25 Jahren wurde Riks Kalleby Chefredakteur des Helsingborger Parteiblattes, 1920 wurde er zum Sekretär der schwedischen Sozialisierungskommission gewählt und außerdem in den Vorstand der Partei, dem er bis 1924 angehörte, als sein schweres Leiden ihn zwang, sich immer mehr zurückziehen. Bekannt geworden ist er ferner als Redakteur der Parteizeitschrift „Tiden“. Diese nächsten Tatsachen sagen wenig über das inhaltreiche Leben dieses unermüdbaren Kämpfers und hochbegabten Theoretikers. Was er im Kampfe gegen die Armut, unter der er aufwuchs, gegen seine schwere Krankheit und andere Schicksalsschläge geleistet hat, ist eine einzig dastehende Leistung eines jungen Proletariats, der immer wieder in sich das Verlangen fühlte, die einzelnen politischen Ereignisse wissenschaftlich zu durchleuchten, sich überall zu einer intellektuellen Reinheit und Rechtfertigung durchzusetzen, kein Dogma zu übernehmen, sondern stets kritisch alles von allen Gesichtspunkten aus zu beleuchten, um neue Gesichtspunkte und neue Impulse zu finden. Er hat nirgendwo stehen geblieben, sondern stets vorwärts geschritten, hat nach neuen Gedankengängen gesucht und seine Kampfgenossen zu neuen Gedanken und Taten angeregt. Trotz seiner jungen Jahre hat er, wie kein zweiter schwedischer Sozialdemokrat, danach gestrebt, für seine praktische Politik eine wissenschaftliche Rechtfertigung zu finden. Durch diese seine Studien hat er der schwedischen Partei bei den Stützversuchen des Sozialisierungsproblems große Dienste geleistet. Erfreulicherweise hat er seine Gedanken über Karl Marx, den er verehrte, über den Vulgärmarxismus, dessen Verflachung der Marx'schen Lehre er kämpfte, und überhaupt über die Ideologie der Sozialdemokratie, noch vor seinem Tode in einem Buch „Sozialismus und Wirklichkeit“, das demnächst erscheinen wird, niedergelegt.

Furchtbares Unglück auf dem Omlüster Hauptbahnhof. Freitag vormittag kam es auf dem Omlüster Hauptbahnhof zu einem schweren Unglück, das bisher ein Menschenleben gefordert hat. Durch den aus einer Lokomotive plötzlich ausgelassenen Dampf wurden drei Arbeiter in die Höhe und gegen die in den Felgen der Lokomotivräder steckenden Eisenhebel geschleudert. Der Arbeiter F. Reibel aus Chraleskowitz, Vater eines Kindes, war auf der Stelle tot. Am Aufkommen des zweiten, Rudolf Bel aus Omlüster, wird gezweifelt. Der dritte Arbeiter kam ohne Verletzungen davon.

Die Zukunft unseres Sonnensystems. Auf den Planeten sammelt sich allmählich „kosmischer Staub“, das heißt Teilchen von Weltkörpern an. So nehmen sie beständig, wenn auch äußerst langsam an Masse zu. Wenn sie einmal groß genug sein werden, müssen sie sich nach dem Gesetz der Schwerkraft mit dem größten, dem Jupiter, vereinen. Dann wird unser Sonnensystem aus zwei Sternen bestehen, von denen einer die Sonne, der andere die Gesamtheit der Planeten sein wird. Für die Bewohner der Planeten wird das Zusammenstürzen ihrer Sterne den „Weltuntergang“ bedeuten. Aber wir müssen uns mit den Vorbereitungen für diesen künftigen Tag nicht allzusehr beeilen, denn nach den Berechnungen des Professors Mac Millan von der Universität Chicago wird er erst in fünf-hundert Milliarden Jahren eintreten.

Die Wälderverstaatlichung. Das Gesamtanmaß der Forste in der Tschechoslowakischen Republik beträgt 4.662.800 Hektar, wovon bisher insgesamt einschließlich der ehemals kaiserlichen, erzbischöflichen und früheren staatlichen Forste 722.800 Hektar oder 15,5 Prozent verstaatlicht sind. In Karpatenrubland waren von 635.300 Hektar Waldböden am 1. Jänner 1926 306.700 Hektar oder 48,2 Prozent verstaatlicht. In Böhmen sind insgesamt 1.571.500 Hektar Forste, wovon bis heute 150.000 Hektar verstaatlicht sind, das sind 9,5 Prozent. Die Forste in Mähren betragen 642.600 Hektar, hiervon sind 33.000 Hektar verstaatlicht, d. h. 5,1 Prozent. Von den schlesischen Wäldern sind insgesamt 154.300 Hektar verstaatlicht, das sind 10,0 Prozent. In der Slowakei sind von 1.685.600 Hektar Forste 246.400 Hektar oder 14,6 Prozent verstaatlicht.

Otto Ernst (Schmidt) gestorben. Der bekannte Schriftsteller Otto Ernst ist am 5. März in seinem Heim in Groß-Flottbek bei Hamburg nach kurzem Leiden im 64. Lebensjahre gestorben. Mit ihm ist einer der typischsten und erfolgreichsten Vertreter spießbürgerlicher Unterhaltungsliteratur dahingegangen. In seinen jungen Jahren ist Otto Ernst, der eigentlich Schmidt hieß, ein mutiger Vorkämpfer für geistige Befreiung gewesen. In seiner Tätigkeit als Volksschullehrer hatte er einen tiefen Einblick in das verstopfte Bürokratismus der höheren Schulbehörden getan, deren Maßnahmen die selbständige geistige Entwicklung vielfach arg erschweren. Das Produkt dieser Erfahrungen ist sein Schauspiel „Flachsman als Erzieher“. Dieses Werk hat dank seiner Tendenz einen ungeheuren Erfolg gehabt; obwohl er weil seine dramatische Technik denkbar primitiv ist. Die literarischen Erfolge haben es Otto Ernst schon früh ermöglicht, den Beruf des Volksschullehrers aufzugeben und ganz der freien Schriftstellerei zu leben. Von seinen zahlreichen übrigen Bühnenwerken hat keines einen annähernd so großen Erfolg gehabt wie „Flachsman als Erzieher“. Auch als Erzähler hat Otto Ernst schon früh ermöglicht, den Beruf des weiten Bekanntheit erlangt, und es muß ihm immerhin zugestanden werden, daß er in Werken wie den Romanen um Asmus Sempere mehr Geschmack als in seinen dramatischen Arbeiten gezeigt hat. Am erfolgreichsten und selbständigsten sind wegen ihrer schlichten Natürlichkeit und ihres gesunden Humors die Kindergeschichten, die er in dem Bande „Appelschnur“ gesammelt hat. Im allgemeinen ist jedoch das schriftstellerische Gesamtwerk dieses Mannes nur eine willkommene geistige Nahrung für die kulturlosten Schichten unseres Bürgertums und steht jedenfalls im umgekehrten Verhältnis zu der Selbsteinschätzung dieses Schriftstellers. Als Kuriosum mag noch erwähnt sein, daß Otto Ernst vor dem Kriege sich durch seine Bekämpfung von Nietzsche, den er zu widerlegen und zu erledigen glaubte, gründlich lächerlich gemacht hat. Es gehört ganz zum Charakterbilde dieses Lieblingschriftstellers des deutschen Spießbürgers, daß Otto Ernst seit dem Kriege einer der eifrigsten Agitatoren im Stile von Arthur Dinter und Genossen gewesen ist.

Prämienlose für kulturelle Zwecke. Der dänische Kultusminister, die Genossin Nina Bang, hat der Öffentlichkeit einen neuen Plan unterbreitet, um die schon lange besprochene Angliederung einer zweiten Bühne an das dänische Nationaltheater und die ebenfalls dringend notwendige Erweiterung des dänischen Nationalmuseums zu ermöglichen. Die acht Millionen Kronen, die hierfür erforderlich sind, und die die Staatskasse nicht aufbringen kann, gedenkt Frau Bang durch eine Prämienobligationsleihe von 25 bis 30 Millionen Kronen zu erhalten. Der Plan findet jedoch außerhalb der dänischen Sozialdemokratie keine Gegenliebe, und die Presse wendet sich zum Teil sehr scharf gegen das „Lotteriespiel um kulturelle Werte“. Unter diesen Umständen dürfte es mit der Verwirklichung des Projektes noch gute Weile haben. Uebrigens hat man in Dänemark bisher noch nie Prämienobligationsanleihen für staatliche Zwecke ausgeben, wohl aber in Norwegen, wo man jedoch nicht gerade die besten Erfahrungen damit gemacht hat.

Ein furchtbarer Sturm wütete in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag in ganz Deutschland, vor allem in der Nordsee, in der Mark Brandenburg und in Berlin. In der Reichshauptstadt wurde eine ganze Anzahl Bäume entwurzelt, Fensterscheiben zertrümmert und Personen durch herabfallende Dachziegel verletzt. In Danzig wurde Windstärke 7, in Berlin Windstärke 6 gemessen. Die Meldungen aus London besagen, hat das Unwetter auch in England großen Schaden angerichtet. In London wütete ein furchtbarer Hagelsturm; der Hagel lag zentimeterhoch auf den Fenstersimsen. In

Birmingham und anderen Städten Mittelenglands wurden Dächer und Schornsteine herabgerissen.

Pfarrer als Spiegel in den Familien. Aus dem „Verordnungsblatt für die Erzdiözese Salzburg“, 1926, erstes Stück, erfährt man, daß für die Berichterstattung an den Bischof ein neues Formular ausgegeben wurde, das vom Pfarrer auszufüllen ist. Es ist interessant, zu hören, worüber der Pfarrer regelmäßig Bericht zu erstatten hat. Daß sich darunter auch Fragen über „Sonn- und Feiertagsfeier (eventuell Entheiligung), Osterpflicht, Fastengebort“ befinden, ist ja naheliegend. Dann aber findet sich eine Reihe von Fragen über das „Familien- und öffentliche Leben“. „Wie steht es mit dem sittlichen Leben der Uvberrehabilitierten? Wie steht es bezüglich der Heiligung der Ehepflichten (§144)? Wie steht es betreffend die Konfubinate... Wurde glaubens- und sittengefährliche Propaganda getrieben (Kinderfreunde, sozialistische Freidenker, altkatholische, adventistische, spiritistische, extrem nationale)... Welche Gefahren brachte der Fremdenverkehr für Glauben und öffentliche Sittlichkeit? Wie wurde den zerstörenden Bestrebungen entgegengearbeitet?“ In dem Abschnitt „VIII. Vereinsleben und Presse“ finden sich unter anderem folgende Fragen: Inwieweit wurde die Pfarrorganisation durchgeführt (Vertrauenspersonen)? Was ist geschehen zur Verbreitung der katholischen Presse? Die bisher im Seelsorgsbericht enthaltene Rubrik „Schule“ entfällt nun; dafür aber wird in Vöde ein neues „Schulvisitationsformular“ erscheinen, so daß auch weiterhin das Ordinariat über Schule und Lehrer genau informiert sein wird. — Man sieht, wie die Herren Bischöfe ihre Untergebenen zu wahren Spiediensten verwenden und eine Art schwarze Liste über jeden einzelnen Kirchenangehörigen führen. Und besonders die Kinderfreunde und Freidenker haben es ihnen angetan. Aber auch für das Geschlechtsleben der Ledigen und der Verheirateten interessieren sich die Bischöfe. Das meiste erfährt der Pfarrer über diese Fragen in der Beichte — ist da nicht die Gefahr naheliegend, daß die Ergebnisse der Beichte, wenn auch nicht individuell, so doch summarisch in den Berichten an den Bischof zum Ausdruck kommen? Ist überhaupt dieses Schnüffeln und Einmengen von Männern, die nicht heiraten und keine Familie haben dürfen, in Ehe- und Familienangelegenheiten heutzutage noch erträglich?

Ein bisher unbekannter Fememordversuch ist der Staatsanwaltschaft Landsberg a. d. W. durch die Anzeige des Feldwebels Gädick zur Kenntnis gekommen. Gädick ist im April 1923, als er bei einem Arbeitskommando auf dem Fort Czernowitz bei Küstrin beschäftigt war, von dem berüchtigten Feldwebel Klapproth und einer Gruppe von Offizieren der Schwarzen Reichswehr in einem abgeschlossenen Raum des Forts plötzlich überfallen und mit einem stumpfen Gegenstand niedergeschlagen worden. So daß er zusammenbrach. Als er in einer Zeltbahn zum bereitstehenden Krankenwagen gebracht wurde, hörte er die Worte: „Eigentlich hätte man das Nas todschießen müssen, er verdient es; aber wir wollen Rücksicht nehmen auf seine Frau und seine Kinder“. Gädick wurde dann in das Lazarett in Landsberg geschafft, wo er lange Zeit an seiner schweren Kopfverletzung darniederlag. Aus Furcht vor weiteren Nachfragen hat es Gädick, der ohne jede Schuld in den Verdacht der Untreue und damit auf die „Schwarze Liste“ gekommen war, unterlassen, der Polizei über sein Erlebnis Anzeige zu erstatten.

Große Unterschlagungen sind an der Berliner Universität begangen worden. Der

größte Teil der Gelder des „Aussschusses der Studentenschaft“ (Asta) ist durch Betrügereien des früheren Kassenswarts des Ausschusses namens Lehmann verloren gegangen. Lehmann selbst wurde auf Veranlassung des Rektors im Gebäude der Universität verhaftet und ins Polizeipräsidium gebracht. Es besteht leider der dringende Verdacht, daß zahlreiche weitere Studenten, darunter Mitglieder der früheren und der jetzigen „Asta“ in die Affäre verwickelt sind. Die Kriminalpolizei hat in einem Zimmer der Universität mit umfangreichen Vernehmungen begonnen. Die ganze Angelegenheit dürfte den zuständigen Behörden Anlaß zu verschärften Aufsichtsmassnahmen über den Studentenausschuß geben. Bei der jetzigen Untersuchungsaffäre muß man feststellen, daß die Selbstverwaltung des Studentenausschusses in bezug auf Grundsätzlichkeit und Ordnung viel zu wünschen übrig ließ und daß vor allem jede stärkere Kontrolle fehlte. Ingesamt hat Lehmann durch Quittungen, die er selbst herausgegeben hatte und die von zwei anderen Mitgliedern des Ausschusses unterzeichnet waren, rund 56.000 Mark abgehoben und für sich verwandt. Beim Verhör gab Lehmann an, es seien ihm 20.000 M. in einem Kasse gestohlen worden.

Tagungen der Union der Völkereubundigen. Vom 5. bis 8. März finden in Genf Sitzungen des Bureau und verschiedener Kommissionen der Union der Völkereubundigen statt, die sich hauptsächlich mit der Vorbereitung des Programms und der Anträge für den Dresden Kongress (Juni 1926) befassen. Das Arbeitsgebiet ist ein ungemein umfassendes. Die Kommission für das Internationale Arbeitsamt und für soziale Gesetzgebung arbeitet an der Vorbereitung des Internationalen Wirtschaftskongresses, der vom Völkereubund einberufen werden soll. Der Minderheitenkommission liegen eine Reihe von Berichten und Vorschlägen vor; unter anderem: Prof. Ruyssen über die Zukunft der Minderheiten; Ergebnisse auf dem Gebiete des Minderheitenrechtes (die esländische Autonomie); Verhandlungen zwischen den deutschen und dänischen, den italienischen und südtiroler Völkern, ein Bulletin der Minderheiten etc. — Die Spezialkommission für die Frage der Staatslosigkeit wird über den Vorschlag der Deutschen Völkereubundigen in der Tschechoslowakischen Republik und den darauf folgenden Bericht des Vorsitzenden der Kommission Sir Walter Rappier beraten. — Als Delegierte der Deutschen Völkereubundigen nehmen Sen. Wilhelm Medinger und Prof. Dr. Rauber an den Beratungen sämtlicher Kommissionen teil.

Schwere Sturmschäden werden anfänglich des blöhlischen Wettersturzes aus ganz Deutschland, vor allem aus dem Schwarzwald, aus Pommern, Mecklenburg und aus Mitteldeutschland gemeldet. Im Kreis Greifenhagen in Pommern richtete der Sturm schweren Schaden an. Am Feld arbeitende Bauern und Landarbeiter wurden vom Sturm umgerissen. In Geißlerdorf wurde eine Scheune umgeweht und völlig zerstört. In Stargard wurden einige Häuser schwer beschädigt. Auch in Leipzig wurden durch den orkanartigen Sturm verschiedene Unfälle hervorgerufen. Von einem Versicherungsgelände in der Innenstadt stürzte eine Föhnenstange herab und fiel in eine Menschengruppe hinein. Große Menschenmengen wurden herabgerissen und Fahnenmasten umgelegt. Auch aus Köln, München und Dresden werden Sturmschäden gemeldet.

Die drahtlose Filmübertragung macht auch in England weitere Fortschritte. John Baird hat die Erfindung eines Apparates dafür so weit ausgearbeitet, daß er vom englischen Postminister die Erlaubnis erhalten hat, in London eine Fernbild-Übertragungsstation einzurichten. Von hier aus sollen Filmaufnahmen an Rundfunkteilnehmer, deren Empfangsapparate eine Aufnahmeplatte für die zu übertragenden Filme haben, verbreitet werden.

General Fenn ist zum Oberbefehlshaber in Belgien ernannt worden. Die Ernennung Fenns steht im Zusammenhang mit der Umbildung des nationalen Kabinetts, dem in der Hauptache Mitglieder der Kuomintang-Partei angehören. Fenn versucht augenblicklich, von der Regierung das Mandat über die vier nördlichen Provinzen zu erhalten und dann eine Diktatur auszurufen. Durch seine Ernennung hat Fenn nun offiziell den Oberbefehl über die gegen die Truppen der Marzschälle Wu-Pei-fu und Tchang-fu-lin kämpfenden Streitkräfte erhalten.

Die Mittelschlacht an der New Yorker Börse ist nach Meldungen aus New York durch den vorzeitigen Verrat einer Regierungsentcheidung ausgelöst und von den Drahtziehern des Börsenkraus mit einer Milliarde Dollar quittiert worden. Die New Yorker Börse glück in den letzten beiden Tagen einem einzigen ungeheuren Schladtsfeld, auf dem sich die Hauffe- und Baiffe-Partei gegenseitig mit einer nie gekannten Erbitterung bis aufs Messer bekämpften. Selbst die ältesten Bankiers und Makler vermögen sich nicht zu erinnern, derartige Anbrüche finanzieller Leidenschaften jemals gesehen zu haben. Geht man den Gründen nach, die für die schwarzen Tage der New Yorker Börse den Anstoß gegeben haben, so sind innerhalb der New Yorker Finanzkreise die Ansichten darüber geteilt. Der Wahrheit am nächsten kommt wohl fraglos die Ansicht, daß die ungeheure Baiffe, die mit einem Aktienumsatz von 3.800.000 Stück den Spielpunkt am amerikanischen Effektenmarkt darstellt, letzten Endes durch eine Entscheidung der „zwischenstaatlichen Handelskommission“ verurteilt worden ist. Nun behauptet man an der New Yorker Börse allgemein, daß Regierungsbeamte aus Washington der Börse vorzeitig aus spekulativen Gründen Kenntnis von dieser Entscheidung der Regierung hätten zukommen lassen, so daß die Baiffe-Partei die Situation in ihrem Sinn bis zur äußersten Grenze hätte ausnützen können.

Bei einem Eisenbahnunfall, das sich Donnerstags in Illinois in den Vereinigten Staaten ereignete, wurden drei Eisenbahnbeamte getötet und 20 Personen verletzt, 15 davon schwer.

Riefenunterschlagungen bei einer christlichen Baugesellschaft machte der Geschäftsführer Gentrich in Gelsenkirchen durch Fälschung der Listen von angeblich bei ihm eingestellten Arbeitern, die staatliche Erwerbslosenfürsorge erhielten. Gentrich hat ein umfassendes Geständnis abgelegt.

27.000 Influenzafälle werden augenblicklich in Moskau gezählt. Alle unbeschäftigten Ärzte und Pflegerinnen sind zur Unterstützung der Ärzte der Krankenhäuser kommandiert.

Weiterbericht vom 6. März. Die Abkühlung, die Donnerstags abends in der Westhälfte der Republik eingetreten war, breitete sich Freitag bis zu den Weissen Karpathen aus. In Böhmen erreichten die Nachmittagsmaxima stellenweise nicht mehr als plus 5 Grad. Im slowakischen Donauengelände kamen noch Nachmittagstemperaturen von 9 bis 10 Grad vor. Den ganzen Tag über hielt das veränderliche Wetter bei frischen Winden aus westlicher Richtung und Schneeschauern in Böhmen an, wo die Niederschläge eine Menge von 1/2 bis 2 Millimeter erreichten und sich auch in den Nöderungen eine dünne Schneedecke bildete. In den östlichen Ländern des Staates fielen nur ganz vereinzelte Niederschläge. Westlich der Karpathen sank Samstag früh die Temperatur bei Anbauern des unbefängigen Wetters einige Grade unter den Gefrierpunkt. Prag und Olmütz melden ein Minimum von -2, Trautenau -4 Grad, Donnerstberg -6, Schneekoppe -12 Grad. — Wahrscheinliche Wetter von Sonntag: Anbauern des veränderlichen und kühlen Wetters, frische, zeitweise stärkere Winde aus westlicher Richtung. Später im Westen der Republik Beruhigung und etwas wärmer.

Kleine Chronik.

Die Stadt des Völkereubundes.

Genf, Anfang März.

Die Stadt Genf führt ihr Bestehen bis auf die Zeit der Römer zurück. Am alten Turm am Pont de l'Ne kann man an einer Tafel lesen, daß Julius Cäsar — wie er selbst in seinem bekannten gallischen Kriegsbuch erzählt — hier „auf der anderen Seite der Rhonebrücke“ den großen heldentümlichen Auswanderungszug antrat, den er nach Nordwesten abdrängte, wo er dann bei Vibracte von den römischen Legionen geschlagen und in die alte, verlassene Heimat zurückgetrieben wurde.

Diese frühe Kunde zeigt Genf schon auf seinem Schicksalswege: Ein wichtiger Verkehrsnotenpunkt zwischen Norden und Süden, zwischen Osten und Westen zu sein. Das schweizerische Flachland wird da vom Jura und den Alpen zusammengepreßt und sein Verkehr von der Rhone entlang nach Frankreich und dem Meere abgelenkt, vom Süden des Meeres her strebt das savoyische Wirtschaftsgebiet zur einzigen größeren Stadtbildung, die von jeder große Assimilierungskraft und starken Unabhängigkeitsinn entzündete.

Ueber 600 Jahre schlug sich Genf allein durch die Geschichte hindurch, bis es sich 1816 als letzter schweizerischer Kanton der Ebdemossenschaft anschloß. Der erste Freiheitsbrief der Stadt Genf ist älter als der Bundesbrief von 1291. Von den savoyischen und burgundischen Herzögen, den französischen Königen und nicht zuletzt von den eigenen Bürgern immer wieder in ihrer Freiheit bedroht, schloß die Stadt, durch einen kleinen Putsch der „Bourgeois“ angebahnt, im Jahre 1526 — wozu während eine 400jährige Gedenkfeier veranstaltet wird — ein Burgrecht-Bündnis mit Freiburg

und Bern ab, das fortan eine starke Stütze ihrer Unabhängigkeit bildete. Die savoyischen Herrschaftsgelüste fanden aber erst 1602 mit der berühmten „Escalade“ ihren Abschluß, d. h. mit einem Versuch, in nebliger Winternacht eine Söldnertruppe auf Leitern über die Stadtmauern in die Stadt zu werfen. Dieser Versuch wurde jedoch von den wachsam Genesern abgelenkt, wobei auch die Frauen mithalfen, indem sie sogar ihre schweren bronzenen Kochtöpfe auf die savoyischen Eindringlinge herunterschleuderten. Die Episode wird noch alljährlich am 12. Dezember von Behörden und Volk gefeiert. Allerdings hat sich diese Feier im Laufe der Zeiten in der Hauptsache zu einem drei Abende andauernden Maskentreiben mit Rimeh und unzähligen Tanzansätzen entwickelt. Es ist die eigentliche Genfer Postnacht, denn eine andere kennt man in der Solvinstadt nicht.

Trotz der Escalade und trotzdem der erste und berühmteste schweizerische General — G. S. Dufour 1847, 1859 und 1866 — einer ihrer größten Mitbürger gewesen, waren die Geneser nie stark kriegerisch gesinnt. Dagegen besaßen sie von jeher gute Diplomaten, die durch geschickte Vertragsabschlüsse das wirtschaftliche Gedeihen und die politische Selbstständigkeit der Stadt immer wieder zu sichern wußten. So war es vor 100 Jahren Pictet de Rohemont, der auf dem Wiener Kongress für seinen Heimatkanton den nötigen Gebietszuwachs, um mit der übrigen Schweiz territorial verbunden zu sein, zu erringen und gleichzeitig damit auch die schweizerische Neutralitätserklärung zur Anerkennung zu bringen wußte, die für die Schweiz im letzten Jahrhundert mehrmals, namentlich aber während des Risikriens, von der allergrößten Bedeutung war. Auch als schweizerischer Kanton will jedoch Genf weiterhin und vor allem die kleine selbständige Republik bleiben, die, stolz auf ihre Geschichte, alle drei- und neunmal anschaut, was „von Bern“

kommt, bevor sie zustimmt. Dafür stand Genf allerdings auch unter denjenigen Kantonen, welche die liberalen und demokratischen Bewegungen des letzten Jahrhunderts zum Siege führten. Und Genf bildete auch vor bald 100 Jahren die Wiege des schweizerischen Gralibereines, der bis vor einem Jahrzehnt den festen Kernpunkt der schweizerischen Arbeiterbewegung und der sozialdemokratischen Partei bildete. Zurzeit werden Kanton und Stadt Genf, wo die politischen Kämpfe trotz des Sieges des Völkereubundes zahlreich und heftig sind, durch eine Koalition der Sozialisten, die etwa ein Drittel der stimmberechtigten Bürger umfassen, und der Radikalen regiert, mit einem Sozialdemokraten als Stadtpräsidenten.

Das eigenfönnige Schneeglöckchen

Der milde Nachwinter hat in diesem Jahr auch die Schneeglöckchen längst hervorgeklost, aus deren Blütezeit der Volksbergglaube bekanntlich die Dauer des Sommers voraussagt, da es heißt, daß, wenn das Schneeglöckchen kurz blüht, auch der Sommer nur kurz währt. Dieser liebliche Frühlingsbote ist übrigens wildwachsend gar nicht häufig anzutreffen, denn das Schneeglöckchen ist im Laufe der Zeit zur Gartenpflanze geworden, und wenn man es auch einmal in der freien Natur findet, handelt es sich fast immer um einen „Gartenschlüppling“. Wilde Schneeglöckchen gibt es heute eigentlich nur mehr in ganz wenigen Landstrichen Deutschlands, so in Schlesien und Westpreußen, in Teilen der Rheinprovinz wie auch stellenweise in der Mark; in den Gärten dagegen blühen sie ohne jede Pflege und überall in reicher Fülle. Dennoch sind die Schneeglöckchen für den Gärtner ein schwieriges Problem und zwar einzig und allein aus dem Grunde, weil sie sich nicht treiben lassen. Hierbei wie auch Malglöckchen und Beilchen können durch die Hand des

Gärtners zu einem Frühtrieb gebracht werden, der ihrer normalen Blütezeit um lange Wochen vorausreift. Stellt man aber Schneeglöckchen ins warme Treibhaus und pflegt sie den Winter hindurch unter den allgünstigsten Bedingungen, unter denen alle anderen Blüten zum Frühtrieb gelangen würden, so blüht das Schneeglöckchen seinen Tag früher aus als seine Artgenossen, die draußen im Freien die Blüten noch unter dem Schnee bilden. Bis jetzt ist es tatsächlich noch keinem Gärtner gelungen, ein Schneeglöckchen zu einer früheren Blüte zu veranlassen, und man hat für diese Erscheinung auch noch keine Erklärung finden können.

Das Ägypter des Tutanchamons

Das Ägypter des Tutanchamons sollte nach den Ausgrabungen eines Kunsthändlers in England zum Verkauf gelangen. Von einem Manager wurden von Köln aus einem in London ansässigen amerikanischen Kunsthistoriker „außerordentlich bedeutungsvolle“ ägyptische Goldschmiedearbeiten, und zwar ein Pharaonenzepter und vier Ringe, zum Kauf angeboten. Sehr merkwürdig wirkte die Angabe, daß die Gegenstände aus dem Nest eines nach Köln verlegten hohen englischen Regierungsbeamten stammten, der früher in Kairo tätig gewesen sei. Am merkwürdigsten war die Version des Kunsthändlers, daß sich das Ägypter im Grab Tutanchamons befunden habe und einem Mitarbeiter Lord Carnarons, des Entdeckers des Pharaonengrabes, entwendet worden sei. Der amerikanische Professor zeigte das größte Interesse an den Gegenständen, für die ein Kaufpreis von 60.000 Dollar gefordert wurde. Die Nachprüfung ergab jedoch, daß es sich um zwei freie Nachbildungen der im Zentralmuseum in Athen befindlichen Ringe aus der von Schliemann entdeckten sogenannten Schatzkammer des Atrius in Mykene handelt. Die Angelegenheit dürfte noch ein gerichtlichches Nachspiel haben.

Mitteilung aus dem Publikum.



In Trauerfällen ist es für unsere Damen besonders unangenehm, sich für die Trauerkleidung erst den Stoff und den Schneider zu besorgen...

Bereinsnachrichten.

„Urania“.

Wochenprogramm:

Heute, halb 11 Uhr: „Lava“. 5. Wiederholung. Montag, 8 Uhr: „Lava“, 6. (letzte) Wiederholung des Kulturfilms.

Kunst und Wissen.

Jonhys Busenfreund, Größtes Schwank von Walter D. Ellis. Um das alte Motiv des ungetreuen Gatten gruppieren sich Verwechslungs-, Verkleidungs- und Lärmstücken, deren platte Situationskomik von größtem Format ist.

Gastspiel Leopold Kramer in „Papa“. De Fleurs und Caillavets Lustspiel „Papa“ wird Mittwoch neueinstudiert und teilweise neubesezt mit Leopold Kramer a. G. in der Titelfolle wieder im Spielplan erscheinen.

„Aida“ mit Trojan Groszaweski und Violetta de Stroyli als Gästen. Sonntag, den 14. d. M., werden der Tenor Trojan Groszaweski von der Wiener Staatsoper und Violetta de Stroyli von der Berliner Staatsoper in „Aida“ gastieren.

Neueinstudierung „Die Geisha“. Nach einer langen Reihe von Jahren wird Donnerstag Sidney Jones klassische Operette „Die Geisha“ neueinstudiert und neubesezt wieder in den Spielplan aufgenommen werden.

Sonntag Lustspielpremiere „Die heimliche Brautsahrt“. Im Neuen Theater gelangt Samstag Lustspiel „Heimliche Brautsahrt“ von Leo Benz, zur Aufführung.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Sonntag halb 8 Uhr nachm. Arbeiterdarstellung „Der Teufel“, 7 Uhr „Verkaufte Braut“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute 8 Uhr nachm. „Die Mama vom Ballett“, abends halb 8 Uhr „Jonhys Busenfreund“.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Studentengruppe. Nächster Seminarabend Donnerstag, den 11. d., in der Verwaltung des „Sozialdemokrat“.

Turnen und Sport.

DTG (Amateure) gegen Slavia (Amateure) 2:3 (0:1). Beiderseits waren, wohl in Anbetracht des während des Spieles herrschenden eisigen Sturmwindes, keine besonderen Leistungen zu sehen.

Genossen leset u. verbreitet den Sozialdemokrat

Nur die Qualität entscheidet!

Rechenmaschine BRUNSVIGA seit 30 Jahren erprobt!

7 verschiedene Modelle.

Fordern Sie Prospekt R. L. & G. Halphen, Prag, Mikuláská tr. 22/a. Telefon 2342

Für jede Figur

Mäntel, Kostüme, Complots, Waterproofs, Capes, Paletots, Kleider



Busch

Prag Prikopy 27 Großer Bazar

Volks-Abteilung

Separate Trauer-Abteilung

Nur 1. Stock - Eingang im Hause keine Schauläden, auch nicht im Bazar

Col 246-1-7 Besichtigung in allen Abteilungen



Covercoat-Überzieher von Kč 230.-

Englisch gemusterter Überzieher v. Kč 160.-

Bordjacken, modern von Kč 160.-

Jünglings-Überzieher von Kč 230.-

Kinder- u. Knabenkleiderhaus Hirsch, P R A G, Zeterna 14.

Filialen: Tenlitz-Schönau, Marktplatz 5, 1. St.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines Selchwaren der Firma HEGNER & Cie., PILSEN

Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN, SIND DIE ALLERBESTEN!

Reine Spiritus-Preßhefe

mit besonderer Triebkraft und höchster Hefbarkeit garantiert reines Malzmehl und feinsten rect. als auch denat. Spiritus liefert

Überaus wirksame Propaganda ist heute dem modernen Geschäftsmann in der Anzeige

in die Hand gegeben Sie wirkt am meisten in Blättern der organ. Arbeiter und arbeit!

Die Mode zeigt Vorliebe für schöne Gewebe, Spitzen u. kunstvolle Stückerien

Mit dem ersten Schimmer des erblühenden Frühlings horcht jede Frau von neuem interessiert auf, wenn es gilt, etwas über die kommende Mode zu erfahren. Und diesmal fehlt es wahrlich nicht an Neuem.



T 3498. Mantelfeld aus marinesaurem Nips mit rotfarbenerm Vorterbord. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar. Ist gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Kč 7.50.

T 3499. Mantelfeld aus himmelrotem Kasba. Kpart ist der vorherige Teilung, durch die ein Vorterbord entsteht. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar. Ist gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Kč 7.50.

T 3500. Nachmittagsfeld aus lauchfarbenerm Nips mit reicher Widertverzierungen im gleichen Ton. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar. Ist gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Kč 7.50.

T 3501. Hochgeschlossenes Kleid aus rosenholzfarbenerm Kasba mit durchgezogener brauner Brandkraut. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar. Ist gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Kč 7.50.

Verkaufsstelle d. gebrauchsfertig zugeschnittenen SEMPER-Schnittmuster: Die Zentrale der „GEC“, Prag II, Fügnerova nám. 4 und alle Warenhäuser der „GEC“ in Prag: II., Port 6, Hermine Reimann. In Prag: VII., Rejšcho 42, Gustav Bloch.

Modernes Bildungsinstitut „Urania“. Neuer Zyklus von vier Vorträgen. „Medizin für Alle“. Beginn: Mittwoch, 10. d., 8 Uhr. I. Doz. Dr. Hugo Dacht: „Kosmetik des Alltags“.